Angehörigen Info

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

C 10190 20.2.1998 Preis: 3,00 DM 204

Brief von Jean-Marc Rouillan an die Journalistin von Journal die Dimanche

„Die Kritik muß uns kollektiv stärker machen“

Wie im letzten Info angekündigt, veröffentlichen wir diesmal einen Brief von Jean-Marc Rouillan. Dieser Brief antwortet auf die schriftlichen Fragen einer Journalistin vom Journal de Dimanche (französische Sonntagszeitung).“

Politische Kontakte

Ich bin ein revolutionärer politischer Gefangener, und deshalb ist das Wesentliche, ja sogar die Substanz meines Alltags die politische Kommunikation, mit den anderen gefangenen Genossen hier, aber auch in anderen europäischen Gefängnissen, und darüber hinaus mit der revolutionären Bewegung selbst. Die, die kämpfen, wie auch immer die Formen dieses revolutionären Kampfes sind.

Also viele Briefkontakte. Übersetzungen von Texten der Kämpfe, kleine Artikel und Beiträge in militanten Zeitungen zu Mobilisierungen und natürlich eine kontinuierliche theoretische Arbeit. Hinter den Mauern hört der Kampf nicht auf, er verändert nur seine Form. Wir sind Geiseln, wir sind in den Händen des Feindes, und wir wissen, das Ziel dieses Feindes ist nicht nur, uns eine Strafe absitzen zu lassen, er versucht, uns in seinem Befriedungsprojekt zu benutzen, als Exempel, als Terror gegen die, die den Mut haben, ihn aufs neue in Frage zu stellen. Der Feind versucht, uns gegen das Befreiungsprojekt umzudrehen, was ihm bei einigen Gefangenen gelungen ist, zum Beispiel den italienischen oder deutschen Abschwörern, eine Minderheit, die von ihm hochgespielt wurde.

Deshalb ist jeder Moment unserer Haft immer wieder ein permanenter Kampf, trotz aller Formen der Negation dieses →

Helmut Pohl ist nicht mehr im Knast

Nach seiner Entlassung konnte er jedoch nicht sofort ins Krankenhaus und operiert werden. Weil die Finanzierungsfrage seiner medizinischen Behandlung noch ungeklärt war, mußte er unter großen körperlichen Schmerzen eine Woche bei seiner Familie verbringen. Letztlich war die Krankenkasse dann aber bereit, die Kosten zu übernehmen.

Der Gefangene aus der RAF, der bisher bereits insgesamt 22 Jahre seines Lebens im Knast gesessen hat, ist inzwischen in einem Frankfurter Krankenhaus -wie's aussieht, erfolgreich - an der Wirbelsäule operiert worden. Die Schmerzen sind spürbar gelindert, und sein Sehvermögen z.B. ist auch schlagartig besser geworden. Ich habe gestern noch mit dem Rechtsanwalt von Helmut Pohl, Gerd Klusmeyer aus Hannover, gesprochen. Er meinte, daß „soweit alles in Ordnung“ sei und daß Helmut heute schon wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden soll. Allerdings müsse er wohl länger als erwartet unter medizinischer Kontrolle bleiben, bevor er in eine REHA-Klinik kommen kann. Es könnten noch 7-8 Wochen werden, in denen er aber bei seiner Familie wohnen kann und sich so viel und so frei, wie es ihm sein körperlicher Zustand erlaubt, bewegen kann und soll.

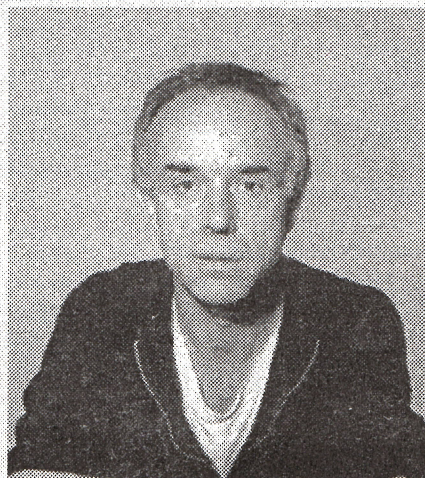
Irgendwelche regelmäßigen Meldeauflagen bei der Polizei oder anderswo muß er nicht erfüllen. Offizielle und „für Außenstehende erkennbare Sicherheitsmaßnahmen“, wie RA Klusmeyer es nannte, gibt es nicht. Der Polizei müsse nur grundsätzlich der Aufenthaltsort von Helmut Pohl bekannt sein.

In Sachen Begnadigungsantrag, das hat mir die Frau von Helmut gesagt, habe sich bislang noch nichts getan. Und irgendeine Prognose, ob er nach den REHA-Maßnahmen draußen bleiben kann oder wieder in den Knast zurück muß, wagt bislang auch noch keiner abzugeben.

Kurz vor der Sendung habe ich noch mal mit Gila Pohl am Telefon gesprochen. Helmut ist tatsächlich heute aus dem Krankenhaus gekommen, und es geht ihm den Umständen entsprechend gut.

Wir werden weiter berichten und wünschen Helmut Pohl von hier aus gute Besserung und alles Gute!

Anita Friedetzky, FSK Hamburg, Radio Knast und Repression, Sendung vom 6.2.1998



Kampfes, unserer Identität, unserer vergangenen Kämpfe.

Wir bleiben also psychisch und physisch nach Ihren Worten „lebenslänglich" in den Schützengräben der Revolution, auch unsere Zellen sind so betrachtet Schützengräben.

Weltweite Veränderungen

Wir sind 1987 verhaftet worden, all diese Veränderungen waren also schon im Gang. Und trotz vieler Fehler und Grenzen unserer Orientierungen stellte unsere Praxis für uns schon einen Versuch dar, auf diese Umwälzung zu reagieren. Wir agierten innerhalb der Veränderung von einer Epoche zur anderen, und auf unserer Ebene waren wir an diesen Veränderungen beteiligt.

Das „Wirtschaftseuropa" z.B., wir haben mit der RAF die praktische Orientierung „Einheit der Revolutionäre in Westeuropa" eingebracht in dem Bewußtsein, daß der Integrationsprozeß eines Europas des Kapitals auf unserem Kontinent die wesentliche Waffe der Reaktion darstellt, als politisches Projekt der Bourgeoisie in ihrem Konflikt mit den anderen Konkurrenzblöcken: den USA und Japan wie auch in ihrem Klassenkrieg gegen das Proletariat. Und wir konnten als Revolutionäre nicht mit einem Nationalismus (Ablehnung des Schengener Europas durch die Verteidigung jeder einzelnen Nation/Staat), sondern durch einen wirklichen praktischen Internationalismus, d.h. mit der Wiederaufwertung dieses Angelpunktes kommunistischer Erfahrung.

Was den islamistischen Terror angeht, da haben wir uns nie etwas vorgemacht. Schon seit den 70er Jahren waren die Islamisten Instrument der USA und untergeordneter Mächte, um progressive Länder, die gerade den westlichen Schoß verlassen hatten, zu schwächen und zu zerstören.

Zwei Jahrzehnte lang haben die Westmächte die feudalen islamistischen Kräfte benutzt, um jeden Willen zur Befreiung in den armen Ländern der arabischen Welt (die progressiven Kämpfe, die Kämpfe der Frauen ...) zu brechen, bis dahin, nur diese rückwärtsgewandten Kräfte stehen zu lassen. Aber vom Elend getrieben, beißt der Hund schließlich seinen Herrn ...

Nein, was wirklich von Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß „die Situation der Arbeiter von Tag zu Tag schlechter wird", daß sie gezwungen sind zu kämpfen, um die Unsicherheit ihrer Existenz aufzuheben, daß die Natur des Konflikts zwischen den Klassen so die Frage nach dem Widerstand der Ausgebeuteten zwingend macht und darüber die revolutionäre Frage. Eine grundsätzlich internationale Frage, von den brasilianischen Favellas über die asiatischen Elendsquartiere bis hin zu unseren Vorstädten und den Schlangen der sans travail (ohne Arbeit) vor der ANPE (Arbeitsämter) ... Die Revolution ist immer noch aktuell, denn sie ist und wird immer die Lösung für ein System sein, daß vier Fünftel der Menschheit zum Elend, zur Ausbeutung und Unterdrückung verdammt. Und trotz unglaublicher Propaganda und Desinformation wird es für die Bourgeoisie immer schwieriger, die Amnesie und Ohnmacht dieser riesigen besitzlosen Massen aufrechtzuerhalten.

Unterstützung durch das Volk

Natürlich haben wir nie die „Unterstützung des Volkes" gehabt, wie man es allgemein in den professionellen Milieus der bürgerlichen Politik hört, die, die unsere Aktionen verstanden haben, sind genau die, die vom System verleugnet werden, „die nicht existieren", mit ihrem nicht qualifizierten Beruf, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrem Nicht-Leben in den Vorstädten, dem Elend der abhängigen Länder.



Aber wir sind uns auch unseres Scheiterns in diesem Bereich bewußt. Denn unser Ziel war nicht, als moderne Zorros für die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten zu handeln, sondern denen ein Bewußtsein und eine Erfahrung zu geben, die allein in der Lage sind, den revolutionären Prozeß zu machen und zu leiten: die Proletarier selbst.

Wir haben es nicht verstanden, dieses Bewußtsein zu wecken und unsere Erfahrung zu vermitteln und so den Elan der Befreiung, wie er in Frankreich und Europa seit 1968 geschmiedet wurde, zu erhalten und zu stärken. Wir haben es nicht vermocht, wirksame Waffen zu sein, die in der Lage sind, die neo-liberale Offensive der Bourgeoisie zu brechen, und wir sind hinweggefegt worden. Weggefegt wie der größte Teil der Erfahrungen der revolutionären Linken auf diesem Kontinent, die Guerillakräfte und der bewaffnete Widerstand, wie die selbstorganisierten Kräfte und die autonomen Kollektive.

Das Scheitern läßt sich nicht auf einige gefangene Militante reduzieren, das Scheitern für uns heißt, die Proletarier entwaffnet - von ihrer kämpfenden Organisation und ihrer bewaffneten Erfahrung - zurückgelassen zu haben, angesichts des Machtzuwachses der neo-liberalen Reaktion und ihres universellen Modells, der Prozeß der Faschisierung - als Macht der mächtigsten Kapitale - Prozeß der Faschisierung der Technokratie und Faschisierung der extremistischen Kräfte der „neuen Rechten" ...

Bedauern?

Ich persönlich bedauere nichts, ich ziehe einfach eine kritische Bilanz meiner/unserer Aktion.

Meine Situation ist schwierig, nicht weil ich inhaftiert bin, sondern weil die Situation für alle Befreiungskräfte noch sehr schwierig ist, trotz des wiederauflebenden Widerstands.

Die kritische Bilanz, die wir aus unserer Erfahrung ziehen, macht, daß wir uns schon verändert haben. Sicher ist, daß wir nicht an dem Punkt stehen geblieben sind, an dem wir 87 angekommen sind. Wir haben den Kampf weitergeführt, und wir haben uns mit ihm verändert, indem wir unsere antagonistischen Identitäten bewahrt und gestärkt haben.

Trotz allem waren wir noch voller Illusionen über das bürgerliche demokratische Regime. Was wir mit den Sondergerichten und in den Jahren der Isolation erlebt haben, hat sie zerstört. Und hat unser Bewußtsein bestärkt, daß es keinen Weg der Emanzipation über die Versöhnung mit dem Regime gibt und daß kein Widerstand sich entwickeln noch siegen kann ohne Bruch und ohne radikale Kritik an dem ganzen spektakulären System.

Jede Niederlage impliziert eine Selbstkritik. Und je bedeutender die Niederlage ist, um so tiefer muß die Selbstkritik sein und dahin kommen, die Gründe zu verstehen und die Lektionen aus diesem Scheitern zu ziehen.

Und es kann nicht um eine oberflächliche Sühnezeremonie gehen. Sonst würden wir bei der Feststellung des starken Staates stehenbleiben, bei seiner polizeilich-militärischen Kapazität (weil er uns neutralisiert hat) oder bei seiner Fähigkeit zu manipulieren (mit der Anti-"Terror"-Propaganda, mit der Verbreitung von Botschaften der bestehenden Ordnung und der Verleumdung in der revolutionären Bewegung selbst, mit der Installierung von „Schau"prozessesn ...).

Die Kritik muß uns kollektiv stärker machen, sie muß ihren ganzen Wert in unsere Erfahrung einbringen. Eine Erfahrung in einer ganz bestimmten Lage. Es geht nicht um die Frage, ob es richtig ist oder nicht, einen verantwortlichen General aus dem Kriegsministerium zu exekutieren. Sagt uns nicht eine Strophe der Internationale sehr wohl, „unsere Kugeln werden für unsere Generäle sein", nicht wahr?

Einige Genossen tun immer dasselbe, egal unter welchen Umständen. Sie verteilen Flugblätter, geben ihre Unterschrift, demonstrieren brav „immer im Rahmen der Legalität", „immer verantwortungsvoll", ... während dagegen eine Epoche die andere ablöst und mit ihnen die Notwendigkeiten des revolutionären Kampfes wechseln.

Die Situation der 80er Jahre war gekennzeichnet von einem Sprung nach vorn im Klassenkonflikt. Angesichts des Fortbestehens der Krise muß die Re-Etablierung der Profitraten für die Bourgeoisie unerbittlich über ein neues Akkumulationsmodell und hauptsächlich über eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, der Arbeitskraft selbst laufen. Das war die entscheidende Phase des Übergangs von der Rigidität des fordistischen Modells zur Flexibilität des neuen toyotistisch-neoliberalen Modells. Und diese globalisierte Veränderung geschah unter dem Diktat des wirtschaftlichen, politischen, ideologischen, militärischen Klassenkampfs der Bourgeoisie, und sie konnte nur voll realisiert werden, indem die proletarischen Massen niedergeschlagen wurden und die alten Grenzen zerstört wurden, die sozialen Grenzen (die berühmten Errungenschaft, der Wohlfahrtsstaat) und die internationalen Grenzen (kalter Krieg, um das Lager des „realen Sozialismus" zu zerstören, der Süden, der zum Hauptfeind wurde).

Dazu hat sich die Bourgeoisie mit einer Ideologie auf wirklich internationaler Ebene ausgestattet. Der Neoliberalismus und die entsprechenden Regierungen (Reagan, Kohl, Thatcher ...), die der Liberalisierungsbewegung ihre Dynamik verliehen (mit Hilfe der Sozialdemokraten, die sich sogar gegen das wandten, wofür sie gewählt wurden, Mitterand, Craxi, Gonzales, Delors ... für Europa) und ihren Druck auf die Arbeiter und die Massen der Drei Kontinente verstärkten.

Das bürgerliche Lager stand bereit zu seinem Krieg. Aber auf welcher Basis mußte das proletarische Lager organisiert werden und seine gemeinsamen Interessen verteidigen?

Wir haben eine Option gewählt, die des Kampfes, des Internationalismus. Wir wollten und hielten es für möglich, den Widerstand auf den höchsten Punkten, die seit 68 durch die europäische revolutionäre Bewegung erprobt worden waren, zu organisieren. Also nicht wie es zahlreiche Genossen taten, d.h. zurückzuweichen, nach und nach alles aufzugeben, was es an revolutionärer Identität auf dem Territorium gab, Ideen, Programmpunkte, Praxis ... um immer wieder vom niedrigsten auszugehen, dem, was unmittelbar verständlich war ... um zu versuchen, den antagonistischen Geist der Proletarier zu wecken ... Und wir wissen sehr wohl, daß dieser Weg immer eine Sackgasse auf dem Weg zur Revolution gewesen ist und ein Königsweg zur Rückkehr in den Schoß der großen reformistischen Parteien. Jetzt mit dem Rückzug könnte man vielleicht über unsere Option lächeln, sagen: „Wie konnten sie nur denken, die Dinge zu verändern, indem sie in Frankreich, in Deutschland, in Italien zu ein paar Waffen griffen ..."? Aber die, die behaupten, „das war leicht vorauszusehen", haben nichts verstanden und werden nichts von der Erfahrung des Kampfes begreifen.

Wir hielten diesen Weg zutiefst für richtiger und real umsetzbar, d.h. daß er ein Bezugspunkt für einen breiteren, vereinteren und strafferen Widerstand werden kann, der die Spaltung des internationalen Proletariats und die Rückkehr zum Sozialchauvinismus, zur Individualisierung, zum Rückzug auf die eigenen vier Wände, zum reaktionären Geist durchkreuzt.

Während diejenigen, die sich für die Option des „Rückzugs" entschieden hatten, immer mehr aufgegeben haben und auch heute, 15 Jahre danach, noch nicht damit aufgehört haben, so sind wir ganz einfach geschlagen worden.

Aber wie Sie unterstreichen, „trotz allem" geben wir es nicht auf, revolutionäre Positionen des Bruchs mit dem System zu verteidigen. Denn schließlich wird kein Thermidor jemals zeigen, daß es sinnlos ist, zu revoltieren oder den revolutionären Weg des Kampfs zu wählen, wie auch immer dessen Form sein mag. Sonst wäre die Revolution, aber auch die bloße Suche nach sozialer Gerechtigkeit schon lange tot. Das Gefängnis und die Gerichte können den Revolutionären nur eines lehren, „für den Augenblick sind die Bourgeoisie und ihre Ordnung noch die Stärkeren". Niemals werden sie der Beweis sein, daß das kapitalistische System das beste oder das kleinere Übel ist, daß die Revolution unmöglich ist ... Niemals.

2. Brief von Jean-Marc

Zur Haftsituation

a) Ja, ich habe einige hundert Bücher auf der Zelle und genauso viele Zeitschriften und Broschüren. Im wesentlichen politische oder ökonomische Texte, Klassiker der revolutionären Theorie oder sozio-ökonomische Analysen. Ich habe immer 4 oder 5 Texte, die ich aktuell lese, einige auf der Zelle und andere sogar in der Bibliothek.

Im Moment lese ich z.B. wieder „Geschichte des Klassenbewußtseins" von Lukacs, und gleichzeitig lese ich ein Buch über den Mai 37 in Spanien, „Der Krieg verschlingt die Revolution" von Paechter, das letzte Buch von Samir Amin „Die Herausforderungen der Globalisierung".

Ich habe gerade erst den alten Aufsatz von Debray über den Kampf in Bolivien mit Che, die Reflexionen Sorels über die Gewalt zu Ende gelesen. Und ich habe mit den Memoiren von Victor Serge angefangen.

Seit einiger Zeit keinen Roma mehr. Ich habe vorher einen pro Tag gelesen. Dann habe ich „die Seite umgeblättert". Warum? Ich weiß es nicht.

Wenn ich etwas Abstand von meinen politischen Arbeiten nehmen will, stürze ich mich in historische Werke. Seit meiner Ankunft hier studiere ich die lokale Geschichte und hauptsächlich die vor der römischen Besatzung ...

b) Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die Schreibarbeit Teil unserer Rolle als politische Gefangene ist. Ich selbst verbringe täglich mehrere Stunden vor dem Bildschirm meines Computers. So haben wir zahlreiche Texte in den Zeitschriften der revolutionären Bewegung veröffentlicht, hier in Frankreich, aber auch in Deutschland und in Italien.

Und seit einiger Zeit bitten uns Genossen immer dringender, daß wir uns über un-



sere Erfahrung äußern, über unsere Geschichte und unsere realen politischen Positionen seit den 70er Jahren. Es ist vielleicht tatsächlich an der Zeit, die ganze Show und die Verfälschung, die die Wahrnehmung unserer politischen Aktion begrenzen und die sich so zu unserer Negation angehäuft haben, zu überwinden.

Das Historische und das Politische unserer Aktion zu rekonstruieren, dazu eine öffentliche kritische Bilanz zu machen und zu versuchen, das alles in die aktuelle Perspektive der Wiederaufnahme einer revolutionären Bewegung „wieder einzuordnen".

Wir haben also mehrere Projekte im Gang ...

c) Nein, freundschaftliche Verbindungen mit einigen sozialen Gefangenen werden nicht nur im Rahmen der Bibliothek geknüpft. Und das sicher nicht nur wegen der Hilfe, die ich ihnen geben kann, denn alle wissen wohl, daß regelmäßige Kontakte mit mir eine verschärfte Überwachung implizieren und vor allem unverdiente Strafen.

Bevor die beiden Gefangenen, die mir seit meiner Ankunft hier am nächsten standen, verlegt wurden, der eine nach Clairvaux, der andere nach Arles, waren sie beide Opfer der Willkür der Gefängnisverwaltung und von Schikanen. Acht Monate Isolationsabteilung in einem Untersuchungsgefängnis der Region für den einen und zweimal 6 Monate für den anderen. Und jedes Mal wegen völlig aus der Luft gegriffener Gründe ...

Die Gefängnisverwaltung hat versucht, meine Isolation unter einer anderen Form aufrechtzuerhalten, auf der einen Seite durch diese Bedrohung, und parallel dazu benutzte sie Gelbe, die mit Genuß erfundene Geschichten fabrizieren.

d) Ich habe Kontakte mit dem Direktor, es sind sogar höfliche Kontakte. Wir können z.B. über Probleme der Bibliothek sprechen, aber da hört es auch auf.

Er wie ich wissen wohl, daß meine/unsere Haftprobleme nicht auf dieser Ebene eingefädelt werden.

Z.B. hatte ein Genosse vom Direktor von Clairvaux eine Dauerbesuchserlaubnis für eine Freundin erhalten, nach einem einzigen Besuch hat das Ministerium die Erlaubnis zurückgezogen. Für andere Gefangene ist der Direktor dagegen der einzige Verantwortliche.

e) Was die Differenzierungen betrifft, da könnte ich Dutzende von Beispielen anführen.

- Kein politischer Gefangener unserer Organisation hat das Recht auf Ausführung beim Tod eines Angehörigen bekommen, selbst als er nur noch einige Monate vor seiner Freilassung stand.

- Wenn wir einen Unfall haben oder Opfer einer Aggression sind, können wir nur mit Erlaubnis des Präfekten in das nächste Krankenhaus gebracht werden. Eine Erlaubnis, die eine bis anderthalb Stunden auf sich warten läßt. Wir haben also jede Chance, „beim Transport ins Krankenhaus" zu sterben, tatsächlich aber beim Warten auf der Trage in der Krankenabteilung des Gefängnisses. Und so etwas Ähnliches ist bei dem Schlaganfall von Nathalie im Dezember passiert. Sie ist in einer sogenannten Sicherheitsabteilung inhaftiert, wo die Rundgänge häufiger und aufmerksamer sind, trotzdem ist sie mehrere Stunden mit gekreuzten Armen auf dem Boden liegengeblieben, ohne daß irgend jemand wirklich beunruhigt war.

- Genau als sie zum Krankenhaus transportiert wurde, habe ich einen Antrag auf ein einziges Telefonat mit ihr gestellt, weil ich wußte, daß das bei anderen Gefangenen möglich war. Ich habe eine Absage bekommen.

- Einige Monate lang waren wir alle in Fresnes inhaftiert, die Frauen im Frauengefängnis und ich im Männergefängnis. Wir haben einen gegenseitigen Besuch beantragt.

Obwohl solche Besuche möglich sind und regelmäßig für andere Gefangene organisiert werden, die eine Gefährtin in Fresnes haben, wurde uns das abgeschlagen. Indessen hatten das Ministerium und die Gefängnisverwaltung beim Hungerstreik 1989 zugesagt, diese Besuche zu fördern, sobald wir definitiv verurteilt wären. In der Tat, ein erneuter Beweis, daß das Wort des Staates nicht viel wert ist.

- Andere Gefangene haben das Recht auf Sondererlaubnisse für einen Besuch. Ich nicht. Die Frau des einzigen Besuchers, den ich habe, der kein Familienangehöriger ist, wollte ihn eines Tages begleiten. Nach einer telefonischen Erlaubnis hat sie sich im Gefängnis präsentiert, aber sie konnte nicht hereinkommen. Sie hatte 900 km (von Forbach) hinter sich ...

Die Liste ist natürlich nicht erschöpfend.

f) Sie fragen mich nach Beispielen für Gewalt in den Beziehungen zwischen Gefangenen hier.

Einer der beiden Freunde, von denen ich oben gesprochen habe, ist in diesem Sommer schwer verbrüht worden. Ein süchtiger Zombi, der von einem berüchtigten Beamten der Gefängnisverwaltung bezahlt wird, hat ihm eine Kasserolle mit kochendem Öl ins Gesicht geschüttet. Glücklicherweise trug er eine Kappe, und der Schirm hat wie durch ein Wunder seine Augen geschützt. Er erlitt aber Verbrennungen ersten Grades an den Händen, am Hals und am Plexus. Da handelte es sich um eine Falle. Aber im allgemeinen arten die Schlägereien sofort zu Konfrontationen mit dem Messer aus. So wurde ebenfalls diesen Sommer ein junger Mann portugiesischer Herkunft, der gegenwärtig mein Nachbar auf der Etage ist, mit mehreren Messerstichen verletzt. Und El Borij (Militär der extremen Rechten, der in Toulouse verantwortlich für die Vergewaltigung und Mord an mehreren jungen Frauen ist) hat etwa zehn Messerstiche abbekommen ...

Die Gewalt in den Zentralgefängnissen ist uralt. Aber heute nimmt sie eine neue Form an, sich geht auf die Hochsicherheitsgefängnisse selbst zurück. Das Modell „auf amerikanische Art" beherrscht die Köpfe. Die Wärter sind ganz zufrieden, Robocops in den Wachtürmen zu spielen; die Video-Überwachung ist allgegenwärtig; das Gefängnis wird militärisch organisiert. Was die Gefangenen angeht, hat sich die Gewalt von „Mann zu Mann" zu einer Bandengewalt verändert, zu einer unentwirrbaren Konjunktur von Beziehungen / Konflikten. Und angesichts des Elends, des Mangels an Arbeit, des Verlusts von Bezugspunkten, der Strafen, die auf menschlicher Ebene keine Perspektive mehr bieten ... kann wer auch immer irgend einen Zombi dafür bezahlen oder dazu bringen, egal was zu tun. Auf seiten der „Justiz" und der Gefängnisverwaltung gibt es die Absicht, das Regime der Zentralgefängnisse zu verschärfen, parallel zur Verlängerung der Strafen ein militarisiertes Kräfteverhältnis zu behaupten. Von seiten der Gewerkschaft wird diese Tendenz verstärkt, und schließlich auf seiten der Gefangenen, da kann der Widerstand gegen das lebendige Begrabenwerden sich nur mit dem Sprung nach vorn in einem Konflikt verbinden, der auf allen Ebenen immer härter wird.

g) s.o.

h) Alles, was ich von Georges Ciprianis Situation weiß, ist dramatisch. Mehrere Gefangene, die aus dem Zentralgefängnis kamen, wo er inhaftiert ist, haben mir seinen Zustand und die Schikanen gegen ihn beschrieben. Seine Gefährtin hat uns übrigens wissen lassen, daß er sie praktisch bei den Besuchen nicht mehr erkennt, und das gleiche ist mit seiner Tochter abgelaufen.

Es ist klar, daß die Gefängnisverwaltung ihn so lange wie möglich im „Normalvollzug" halten will, solange es kein besonders aggressives Verhalten zum Gefängnispersonal gibt, während sein Zustand die Verlegung an einen angemessenen Ort verlangt, wo er vielleicht seine Identität wiederfinden könnte.

Für mich ist Georges Zustand das Produkt der Isolationspolitik gegen die politischen Gefangenen, wie sie in Fresnes konzipiert und angewandt wurde, mit dem Ziel der Destabilisierung, der Schwächung und sogar wenn notwendig der Zerstörung von Gefangenen, die mit den Verfahren vor der XIV Abteilung der Staatsanwaltschaft in Verbindung stehen.

Ich will ein einziges Beispiel dafür geben. In regelmäßigen Abständen klopften die Wärter nachts an unsere Türen, um uns am Einschlafen zu hindern (was sich oft 1 bis 2 Monate vor einem Prozeß noch steigerte). Was da mehrere Nächte hintereinander geschah, kann nicht auf die Initiative einiger Wärter zurückgegangen sein, es muß zwangsläufig so gewesen sein, daß mehrere Nachtmannschaften von ihren Vorgesetzten die Anweisung dazu bekommen haben. Wenn man diese Beamten kennt, weiß man genau, daß sie diese Praktiken nur angewandt haben, wenn sie von ihrer Hierarchie gedeckt waren ...

Braunschweiger Antifaschist in Gefangenschaft der KDP Masud Barzanis

Am 17.2. besetzten über 30 AntifaschistInnen aus Braunschweig, Magdeburg und Bonn die Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/ Die Grünen in Bonn. Sie fordern die Freilassung des in Südkurdistan (Nordirak) von der KDP gefangengehaltenen Jörg Ulrich und seiner Mitgefangenen. Sie fordern vom Bundesvorstand der Grünen, die Unterstützung des Folterregimes der KDP zu verurteilen und sich für die Beendigung jeglicher Finanzhilfe an Barzani einzusetzen. Weiterhin fordern sie die Grünen auf, für die Freilassung Jörg Ulrichs und seiner Mitgefangenen und deren Übergabe an das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz" (IRRK) einzutreten. Wir veröffentlichen eine Erklärung antifaschistischer Gruppen aus Braunschweig zu den Hintergründen.

Seit Ende Dezember befindet sich unser Genosse Jörg Ulrich schwer verletzt in Gefangenschaft der „Demokratischen Partei Kurdistans" (KDP) Masud Barzanis in Südkurdistan (Nordirak). Jörg wurde von KDPlern angeschossen und mit zwei Kurden in die südkurdische Stadt Erbil verschleppt. Jeder Tag, den die Gefangenen in den Händen Masud Barzanis verbringen müssen, bedeutet eine Gefahr für ihre Gesundheit und ihr Leben. Schläge, Nahrungsentzug und Folter gehören zum Alltag in den Gefängnissen der KDP.

Wir haben lange auf eine Veröffentlichung verzichtet, um eine humanitäre Lösung für die Gefangenen nicht zu gefährden. Diese hätte in einer Überstellung an das „Komitee vom Internationalen Roten Kreuz" (IKRK) bestehen können. Eine vom Nachrichtenmagazin „Focus" am Montag, den 16. Februar `98 eingeleitete reißerische Medienberichterstattung, macht dieses immer unwahrscheinlicher. „Focus" und seine Informanten, die eine Veröffentlichung erst ermöglicht haben, versuchen, die weitere Entwicklung festzulegen: „Die Anklage lautet auf Mord und bewaffnete Rebellion. Jörg Ulrich, vertraut mit Land und Leuten, dürfte das übliche Strafmaß kennen: lebenslänglich Kerker oder Tod durch Erschießen."

Die KDP ist eine rückständige, aus feudalen Strukturen hervorgegangene südkurdische Organisation. Ihre Machtbasis beruht auf archaischen Stammesstrukturen und einem Heer bezahlter Söldner, sogenannter Peshmergas. An ihrer Spitze steht der Clanchef Masud Barzani. Sein vorrangiges Ziel ist die Etablierung und Erweiterung einer lokalen Machtposition in Südkurdistan (Nordirak). Seit der Einrichtung der sogenannten UN-Schutzzone im Nordirak, nach dem zweiten Golfkrieg im Jahr 1991, versucht die KDP verstärkt, politische Konkurrentinnen mit den Mitteln des Krieges und des Terrors zu vernichten. Erst im September 1996 hat sie mit Hilfe Saddam Husseins die „Patriotische Union Kurdistans" (PUK) aus Erbil, dem Sitz des ehemals gemeinsamen kurdischen Parlamentes, vertrieben. Danach zogen KDP-Truppen eine Spur des Grauens und der Verwüstung durch Südkurdistan. Masud Barzani hatte ihnen „freie Hand" gelassen und öffentlich erklärt: „Ihr könnt praktizieren, was ihr wollt." Die Ergebnisse: der Tod Tausender Zivilisten, Massenvergewaltigungen, Brandschatzungen und Plünderungen. Im Gefolge der KDP-Söldnerarmee bewegte sich eine kilometerlange LKW-Schlange, die das Beutegut in sichere KDP-Stützpunkte schaffte. Danach suchte der irakische Geheimdienst seine Opfer unter Zuhilfenahme von Namenslisten, die zuvor mit Unterstützung der KDP vervollständigt wurden, um sie in die Folterzentren zu verschleppen oder gleich auf offener Straße hinzurichten. Nicht zuletzt diese Vorgehensweise hat zu einem Verlust der früher durchaus breiten Basis Masud Barzanis unter der kurdischen Bevölkerung geführt. Heute kann sie sich die „Loyalität ihrer Untertanen" nur noch mit einem brutalen Folterregime, in enger Zusammenarbeit mit der türkischen Armee und dem türkischen Geheimdienst MIT, sichern. Willkürliche Festnahmen, Folter und Hinrichtungen gehören zur alltäglichen Praxis in den von der KDP kontrollier- →



Erklärung der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen - VDJ

20 Jahre nach dem Deutschen Herbst

Wir fordern die Abschaffung der Sondergesetze und die Freilassung der Gefangenen aus der RAF

20 Jahre nach dem sog. Deutschen Herbst haben sich landauf, landab die Medien mit den Irrwegen des Terrorismus beschäftigt. Die staatlichen Reaktionen hierauf wurden weniger kritisch betrachtet. Sondergesetze wurden eingeführt, die Gefangenen wurden Sonderhaftbedingungen unterworfen. Zehn Gefangene aus der RAF (Eva Haule, Rolf Heißler, Sieglinde Hofmann, Birgit Hogefeld, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl, Adelheid Schulz, Rolf-Clemens Wagner, Stefan Wiesniewski) sitzen derzeit immer noch in den bundesdeutschen Gefängnissen, einige von ihnen nach wie vor strikt abgeschottet von der Außenwelt. Mehrere der Gefangenen sind 15 Jahre und länger inhaftiert, d.h. sie könnte nach den gängigen Vorschriften freigelassen werden.

Doch auch heute meint der Staat, die ehemaligen Gefangenen der RAF noch verfolgen zu müssen. So wurde gegen die im Dezember 1994 freigelassene Irmgard Möller von der Staatsanwaltschaft Hamburg wegen Interview-Äußerungen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates und der Billigung von Straftaten eingeleitet, u.a. weil sie behauptet hat, Baader, Raspe und Ensslin hätten nicht Selbstmord begangen, sondern seien ermordet worden.

Grundvoraussetzung für eine offene Debatte über die Konsequenzen und die Lehren aus dem Weg der RAF und anderer Gruppierung in die Gewalt ist jedoch, daß die damals eingeführten Sondergesetze endlich ersatzlos gestrichen werden, ehemalige und jetzige Gefangene sich ohne Angst vor neuen Strafverfahren äußern können und die noch einsitzenden Gefangenen freigelassen werden.

ten Gebieten. Der Barzaniclan und die von ihm eingesetzte Führungsschicht bereichern sich maßlos, schaffen Millionen auf ausländische Konten, während das kurdische Volk hungert. Alleine die von der KDP eingenommenen Zölle am Grenzübergang Zaxo zur Türkei würden ausreichen, um ein funktionierendes Gesundheits- und Schulsystem aufzubauen. Doch alles landet in den Taschen der Clanführer. Darüber hinaus hat die KDP Millionen aus humanitären Fördertöpfen unterschlagen und auf private Konten umgeleitet. Zu diesem Zweck unterhält sie auch in der Bundesrepublik eine ganze Reihe von nach außen neutralen „Nichtregierungsorganisationen", die Gelder für die Barzanis beschaffen.

Die Rolle von Bündnis 90/Die Grünen

Teile der Bündnis-Grünen, jenseits aller nach außen verkündeten humanitären Grundsätze, unterstützen tatkräftig das Folterregime der KDP. Sie sind offensichtlich auch in die Finanzgeschäfte der Barzanis verstrickt. Für den 11. Februar 98 wollte der Grüne Bauminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Michael Vesper, in Begleitung anderer Grüner Prominenz und Dilshad Barzani, dem Vertreter der KDP in Bonn, zu Mustafa Barzani reisen. Dort sollte über weitere Finanzhilfen des Landes Nordrhein-Westfalen für das KDP-Regime beraten werden. Das Nachrichtenmagazin „Focus" und ein Kamerateam des ZDF sollten die Delegation begleiten. Die Einreise in die Schutzzone war über die Türkei geplant, die ansonsten ihre Grenzen zum Nordirak u.a. für Journalisten dicht gemacht hat. Ein Beweis dafür, daß die Reise mit den türkischen Militärs abgestimmt war. Die auf seiten der türkischen Armee gegen die PKK kämpfende KDP sollte der Öffentlichkeit werbewirksam als „demokratische Alternative" verkauft werden. Bei dieser Gelegenheit sollte auch unser Genosse Jörg Ulrich den Medien als „deutscher PKK-Terrorist" vorgeführt werden. Erst als das Vorhaben im Vorfeld drohte, an die Öffentlichkeit zu geraten, wurde die Reise abgesagt. Sicher auch mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf. Auf die Vermarktung unseres Genossen Jörg Ulrich wollten die Grünen jedoch nicht verzichten. Michael Vesper hat, nach Informationen aus dem Umfeld der Grünen, persönlich dafür gesorgt, daß „Focus" die Öffentlichkeitskampagne unter der Überschrift „Kerker oder Tod" beginnen konnte. Damit wird das Leben unseres Genossen Jörg Ulrich und das seiner Mitgefangenen bewußt gefährdet. Dafür werden die Grünen Unterstützer Masud Barzanis die politischen und praktischen Konsequenzen tragen.

Keine Unterstützung des KDP-Folter Regimes!
Für die sofortige Freilassung Jörg Ulrichs und der mit ihm Inhaftierten !

Antifaschistisches Plenum und Jugend Antifa Aktion (JAA) im Februar 1998 Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig, Fax: 0531/280 99 20

Informationsstelle Kurdistan

Protest gegen erneute Durchsuchung

Aufgrund eines Ermittlungsverfahren nach §129a gegen einen Mitarbeiter der Informationsstelle Kurdistan wurden am 5.2.1998 die Räume der Bürogemeinschaft durchsucht, in der die Informationsstelle Kurdistan in Köln arbeitet. Auch der Rechtshilfeverein AZADI, der die Räume angemietet hat, wurde durchsucht. Zu weiteren Durchsuchungen und der vorübergehenden Festnahme einer Beschuldigten kam es in Hamburg. Gegen die Durchsuchungsmaßnahmen und die versuchte Kriminalisierung sowohl unseres Mitarbeiters als auch der Mitarbeiterin in Hamburg, die ebenfalls in der Kurdistan Solidarität aktiv ist, als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung protestiert die Informationsstelle Kurdistan entschieden.

Bereits im November 1995 waren die Räume der Informationsstelle Kurdistan, die damals noch in Bonn arbeitete, aufgrund einer Anordnung des Bundesinnenministeriums durchsucht worden. Das eingeleitete Verfahren sollte feststellen, ob die Informationsstelle Kurdistan eine Nachfolgeorganisation des 1993 vom Bundesinnenministerium im Zuge des PKK-Verbots verbotenen Kurdistan Komitees in Köln sei. Dieses Verfahren wurde eingestellt.

Die erneute Durchsuchung, in der Kölner Boulevard-Presse als Terroristenfahndung aufgemacht, soll offensichtlich die bundesweite Zusammenarbeit von Kurdistan Solidaritätsgruppen, die sich in der Informationsstelle Kurdistan zusammengeschlossen haben, nicht nur behindern, sondern diffamiert darüber hinaus aktives internationalistisches Engagement als terroristisch . Damit soll die gegenüber der Türkeipolitik der Bundesregierung kritische Bevölkerung in Deutschland gedrängt werden, ihre Unterstützung und Solidarität für die Kurdistan Solidaritätsgruppen zu entziehen.

Einzelnen AktivistInnen der Kurdistan Solidarität aufgrund ihres Aufenthaltes bei der kurdischen Bewegung die Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung als Nachfolgeorganisation der RAF zu unterstellen, stellt eine neue Stufe der Kriminalisierungsversuche der Kurdistan Solidarität dar, die von der Informationsstelle Kurdistan entschieden zurückgewiesen wird. Sie ist um so absurder, als die Bundesanwlatschaft selber gegenüber der Presse angab, daß diese angebliche terroristische Vereinigung sich lediglich gebildet haben könnte .

Die Informationsstelle Kurdistan macht kein Geheimnis aus ihrer eindeutigen Solidarität an der Seite des um Befreiung kämpfenden kurdischen Volkes und der nationalen Befreiungsbewegung. Die Bundesregierung ergreift in diesem schmutzigen Krieg durch finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der türkischen Regierung eindeutig Partei gegen den Freiheitswillen des kurdischen Volkes. Auch die bundesweiten Verbote der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK und von Vereinen, Organisationen und Büros, die der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, ERNK und dem Befreiungskampf nahestehenden. sind Teil dieser Politik.

Die Informationsstelle Kurdistan wird weiterhin gegen die Beteiligung der Bundesregierung am Krieg in Kurdistan aufrufen und mobilisieren und unterstützt die breiten Forderungen nach Frieden in Kurdistan. Gleichzeitig macht die Informationsstelle Kurdistan deutlich, daß es ohne Gerechtigkeit für das kurdische Volk keinen Frieden geben wird. Da sich ein großer Teil des kurdischen Volkes durch den Kampf der PKK vertreten sieht, wird nur unter Einbeziehung der PKK ein gerechter Frieden in Kurdistan möglich sein.

InternationalistInnen stellen sich in unterschiedlicher Weise an die Seite des vom NATO-Staat Türkei unterdrückten kurdischen Volkes. Die Informationsstelle Kurdistan begrüßt es, wenn Menschen, die in Kurdistan den Kampf gegen Verfolgung und Unterdrückung kennengelernt und unterstützt haben, nach ihrer Rückkehr in Deutschland nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern sich weiterhin gegen diesen schmutzigen Krieg engagieren. Für dieses Engagement will die Informationsstelle Kurdistan einen Rahmen bieten, weil sie aktive Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung, egal ob in der Türkei, in Kurdistan oder anderen Teilen der Welt, als ihre eigene Sache begreift.

Informationsstelle Kurdistan e.V. Koelhoffstr.10, 50676 Köln Tel.0221-923 44 98 Fax. 0221-923 44 99

In einer Erklärung des Vorstands von AZADI heißt es u.a.:

Als Versuch der Kriminalisierung und politischer Verfolgung Andersdenkender wertet der Vorstand des Rechtshilfevereins AZADI („Freiheit") die Durchsuchung seiner Räume und Unterlagen. (...)

AZADI ist ein Menschenrechtsverein, der Kurdinnen und Kurden, die im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes kriminalisiert werden, unterstützt.

AZADI setzt sich für die Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen und Vereine ein und schafft Öffentlichkeit.

Die Durchsuchung der Arbeitsunterlagen auch von AZADI war ausdrücklich angeordnet. (...)

Das Vorgehen der BAW gegen die Kurdistansolidarität resultiert aus der Tatsache, daß die BRD im Kurdistankonflikt Partei ergriffen hat. Die beständigen Waffenlieferungen und die finanzielle Unterstützung des türkischen Staates einerseits und die Verfolgung politisch aktiver Kurden und Kurdinnen in der BRD andererseits zwei Seiten einer Medaille

Staat schleust verdeckten Ermittler ein

Polizeispitzel in Hamburger Antirassismusgruppen

Über zwei Jahre hat der Polizeispitzel „Stefan" im Auftrag der Innenbehörde mehrere antirassistische und Flüchtlinge in vielfacher Weise unterstützende Gruppen ausspioniert. Für Innensenator Wrocklage ein ganz normaler Vorgang der Gefahrenabwehr. Offensichtlich genügt die bloße, durch nichts nachgewiesene Behauptung einer Behörde, daß von politisch unliebsamen Menschen/Gruppierungen Gewalt ausgehen könnte, um diese Menschen zu kriminalisieren. Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus der gemeinsamen Erklärung der betroffenen Gruppen (Glasmoorgruppe, Café Exil, Hamburger Bündnis zum Lübecker Brandanschlag, Druckgruppe der Roten Flora, IZI) und dann die Presseerklärung der Glasmoorgruppe vom 3. Februar 1998.)

Unseren Gruppen ist gemeinsam, daß wir öffentlich agieren und jeder mitarbeiten kann

Wir wollen auch in Zukunft mit möglichst vielen Menschen gemeinsam antirassistische Arbeit machen, diskutieren, propagieren und praktisch organisieren. Dies ist eine bewußte Entscheidung, sie eröffnet natürlich dem Staat eine Möglichkeit der Kontrolle.

Öffentlich arbeitende oppositionelle Gruppen, die den Konsens stören, werden bespitzelt, um allen Eventualitäten vorzubeugen; Demokratie endet dort, wo die Interessen des Staates angegriffen werden; Bürgerrechte sind nicht mal mehr ein Feigenblatt, das sich der Staat vorhält, sondern existieren nur auf dem Papier.

Kriminalisiert und bekämpft wird Widerstand, dies hat Tradition.

Unserer Meinung nach ging es bei „Stefans" Einsatz um die Ausspähung und Kontrolle unserer Strukturen und Verbindungen, das Kennenlernen unserer Art zu arbeiten, zu kommunizieren, Politik zu machen. Zudem hat er Informationen über MigrantInnenorganisationen sammeln können. Wir sind uns bewußt, daß sein Einsatz eine ungleich höhere Gefährdung für alle Nicht-Deutschen darstellt, zu denen er über unsere Gruppen Kontakte knüpfen konnte.

Es wird auch weiterhin verdeckte Strukturen in der Flüchtlingsarbeit geben. Von diesen hat „Stefan" nur sehr wenig mitbekommen. Und diese gilt es auch weiterhin zu schützen.

Denn kein Mensch ist illegal!



Im Visier der Staatsmacht:: Sonntagsspaziergänge zum Abschiebeknast Glasmoor

Presseerklärung der Glasmoorgruppe

Ich bin von der Glasmoorgruppe, die sich Ende 1994 notwendigerweise gründete, um gegen die bundesweit neu errichteten Abschiebeknäste zu protestieren; auch - um die Menschen zu unterstützen, die dort weit außerhalb der Stadt weggesperrt auf ihre Abschiebung warten.

Im Prinzip hätte ich am liebsten diese Pressekonferenz vor dem doppelten Zaun des Abschiebeknastes in Glasmoor abgehalten. Dann wäre die Arbeit unserer Gruppe sehr viel deutlicher geworden.

Ich will darüber reden, warum der Staat einen verdeckten Ermittler in unsere Gruppen schleuste. „Stefan" - so der Deckname des verdeckten Ermittlers - stieß zu uns Ende 1995. Anfang Oktober 1995 gab es einen Hungerstreik von 10 kurdischen Abschiebegefangenen im Knast in Glasmoor, die einen Abschiebestopp in die Türkei forderten und ihre sofortige Freilassung. Die erste Presseerklärung zu diesem Hungerstreik war unterzeichnet u.a. von der Glasmoorgruppe und dem Café Exil. Die Glasmoorgruppe war die erste Gruppe, wo Stefan eine Woche nach Beendigung des Hungerstreiks eintrat: Er besuchte eine von der Glasmoorgruppe durchgeführte Veranstaltung und bot seine Mitarbeit an.

Im Laufe seiner zweijährigen Tätigkeit arbeitete er sich in fünf Gruppen ein. Die Glasmoorgruppe, das Hamburger Bündnis zum Lübecker Brandanschlag, das Café Exil, IZI (Interessengemeinschaft der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien) und die Druckgruppe der Roten Flora.

Die Glasmoorgruppe unterstützt Abschiebegefangene. Seitdem sich im November 1994 40 Abschiebegefangene weigerten, in ihre Zellen zu gehen und ihre Freilassung und ein Bleiberecht forderten, seitdem gibt es jeden Dienstag und Donnerstag Besuche der Gefangenen. Es werden Telefonkarten und RechtsanwältInnen, auch manchmal Sachen des täglichen Bedarfs besorgt. Wir versuchen in der Kürze der Zeit einen Kontakt zu den Gefangenen herzustellen. Das gestaltete sich allerdings von Anfang an schwierig. Um Gefangene zu besuchen, wird von der Justiz der vollständige Name gefordert. Die einzige Möglichkeit, an die Namen zu kommen, sind die Spaziergänge am Sonntag um den Knast, wo es mit einigen Gefangenen die Möglichkeit gibt, sich in Rufkontakten auszutauschen. Die Sonntagsspaziergänge gibt es seit 1994 regelmäßig. Der verdeckte Ermittler nahm sowohl daran wie auch an Demonstrationen und anderen Aktionen gegen den Knast teil.

Wir sind immer für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen eingetreten. Dafür hagelte es von Anfang an Besuchs- und Anstaltsverbote, Ermittlungen wegen Hausfriedensbruch, die dann sang- und klanglos eingestellt wurden. Fakt ist, daß 7 Personen von der Glasmoorgruppe seit fast drei Jahren in keinen Hamburger Knast hineinkommen.

Der verdeckte Ermittler hat nie Gefangenenbesuche gemacht. Er hat sich über Kontakte immer weiter reingearbeitet in Gruppen, die sich für die Rechte von MigrantInnen, überhaupt Rechte zu haben, einsetzen. ➜

Genau dieser Widerstand wird vom Staat kriminalisiert und bekämpft. Der verdeckte Ermittler arbeitete im Café Exil, er begleitete MigrantInnen in die Ausländerbehörde und vermittelte Kontakte zu RechtsanwältInnen und Beratungsstellen. Genauso war er im Hamburger Bündnis zur Unterstützung der Überlebenden des Lübecker Brandanschlages und hatte Kontakt zu den Überlebenden. Ebenfalls wurde er Mitglied in der Druckgruppe der Roten Flora.

Durch die systematische Reduzierung von Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten wird eine immer größer werdende Zahl von Menschen in die Illegalität gezwungen. Wer heute noch Papiere hat, hat sie vielleicht morgen nicht mehr. Dieser Verlust ist existentiell. Der verdeckte Ermittler beteiligte sich sehr aktiv an der Vorbereitung eines Schutzraums für bosnische Flüchtlinge, deren Abschiebung letzten Sommer bevorstand. Dabei hatte er Kontakt zu IZI, der Interessengemeinschaft der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Er war von Anfang an über diese Aktion informiert und nahm an vielen Vorbereitungstreffen teil.

Uns allen ist klar, daß sein Einsatz eine Gefährdung für alle Nicht-Deutschen darstellt, zu denen er über unsere Gruppen Kontakte knüpfen konnte.

Die Kriminalisierung von MigrantInnen beginnt mit der Verfolgung z.B. des Schwarzfahrens als Straftat und wird begleitet mit einer Hetzkampagne, die das Bild von ausländischen Mafia-Banden und schwarzen Dealern zeichnet.

Die Palette der Gesetze, über die MigrantInnen und mittlerweile auch UnterstützerInnen kriminalisiert werden, wird immer vielfältiger. Seit 1994 gibt es den eingefügten § 92a Ausländergesetz, der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt unter Strafe stellt. Die aktuellen Auswirkungen sind Ermittlungsverfahren nach § 92a AuslG gegen Pastoren, die Kirchenasyl gewähren - so erst Ende des Jahres in Hamburg geschehen, oder die unsäglichen Urteile gegen Taxifahrer an der Ostgrenze, die der Schleusertätigkeit beschuldigt werden, weil sie Menschen nicht nach ihren Papieren gefragt haben.

Unseren Gruppen ist gemeinsam, daß wir öffentlich agieren und jede(r) mitarbeiten kann. Wir wollen auch in Zukunft mit möglichst vielen Menschen gemeinsam antirassistische Arbeit machen, diskutieren, propagieren und praktisch organisieren. Dies ist eine bewußte Entscheidung, sie eröffnet natürlich dem Staat eine Möglichkeit der Kontrolle. Dieser verdeckte Ermittler - „Stefan" - ist nicht der einzige verdeckte Ermittler und wird nicht der einzige bleiben, der enttarnt wird.

- **Wir fordern Wrocklage auf, das Rechtsgutachten, was den Einsatz des verdeckten Ermittlers absichert, zu veröffentlichen.**
- **Wir fordern Einsicht in die Ermittlungsergebnisse und deren Vernichtung.**
- **Wir werden auf juristischem Wege Akteneinsicht beantragen.**

3.2.1998

Schon wieder Angriff auf linke Presse

Ermittlungsverfahren in Sachen göDru

Wie die meisten inzwischen wissen, gibt es Ermittlungsverfahren gegen Menschen, die von Polizei und Staatsanwaltschaft beschuldigt werden, „RedakteurInnen" der göttinger Drucksache zu sein.

Wir, als von diesen Ermittlungen direkt Betroffene, haben uns in dieser Sache bisher kaum zu Wort gemeldet, weil das Ganze erst mal sehr unkalkulierbar war und uns die Staatsanwaltschaft auch im weiteren Verlauf der Verfahren fast völlig im Unklaren gelassen hat. Wir wollen nun aber endlich unser Schweigen brechen und einiges zum Verlauf der Ermittlungen sagen. Zunächst möchten wir uns für die unzähligen Solidaritätsmaßnahmen bedanken. Das Verfahren gegen uns angebliche „RedakteurInnen" sollte zwar in noch mehr Köpfen sein, aber es gab eine Menge Hilfe als direkte Unterstützung, Öffentlichmachung und als Finanzierung durch Parties, Spendenbüchsen, Solitape und so weiter. Da in der nächsten Zeit der Prozeß auf uns zukommt, möchten wir Euch in aller Kürze über den Stand der Dinge informieren und darum bitten, wenn es denn so weit ist, mit Spaß und guten Ideen für Öffentlichkeit und Finanzierung zu sorgen und die Solidaritätsarbeit auszuweiten.

Nun aber zum Stand der Dinge: Seit Dezember 1996 versuchen Göttinger Polizisten unter Führung von KK Frey angeblich, die AutorInnen des Anti-Castor-Textes „Ideen für farbenfrohe Aktionen im Wendland", der u.a. in der göttinger Drucksache Nr. 252 abgedruckt war, zu finden. Dazu haben sie bei der Sparkasse die Namen des dreiköpfigen Vorstands vom „Verein zur Förderung alternativer Medien e.V." erfragt und im April 1997 eine Razzia bei der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben" durchgeführt, bei der fünf Personen für die Redaktion der göttinger Drucksache gehalten wurden.

Gegen diese acht Personen wurden Verfahren wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten", „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" und „Verstoß gegen das Pressegesetz" eröffnet. Beide Verfahren hatten für uns acht zur Folge, daß wir von der Polizei zum Verhör vorgeladen und von Polizei und Ordnungsamt um Angaben zur Sache gebeten wurden. Wir haben diese Angaben nicht gemacht, weil die Idee einfach absurd ist, „Meister Klex" oder redaktionelle Verantwortliche für die göttinger Drucksache zu finden. Medien wie die göttinger Drucksache, die Interim oder auch die radikal sind Gegenöffentlichkeit und das Werk vieler Menschen, Diskussionen, Bedürfnisse und Handgriffe.

Trotzdem hat die Polizei uns hinterher geschnüffelt, und Staatsanwalt Heimgärtner hat weitere Ermittlungen befürwortet. Zu diesem Zweck wurden mehrere Menschen von „Arbeit und Leben" befragt. Einer von ihnen wurde als Zeuge staatsanwaltlich vorgeladen, konnte aber dem Staatsanwalt auch keine Namen nennen.

Anfang September schließlich wurde eine Druckerei durchsucht, der unterstellt wird, die göttinger Drucksache zu drucken. Diese Druckerei versuchen sie nun ebenfalls für die Zeitung bzw. ihr Impressum verantwortlich zu machen.

Der aktuelle Stand bei uns ist, daß die Strafverfahren wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" mit der Warnung, sie bei neuen Beweisen wieder aufzunehmen, eingestellt worden sind. Von diesen „Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen", von denen uns bis heute nicht klar ist, was das sein sollte, ist inzwischen nichts mehr zu hören. Das Presseverfahren jedoch wurde überhaupt erst aus dem Strafverfahren entwickelt, indem die ganze Sache an das Ordnungsamt der Stadt weitergegeben wurde. Die Polizei erweckte dort den Eindruck, als wären wir tatsächlich und eindeutig „RedakteurInnen".

Obwohl das Strafverfahren das andere Verfahren erst bewirkt hat und obwohl ersteres wegen Mangels an Beweisen eingestellt wurde, geht es nun also immer noch um den „Verstoß gegen das Pressegesetz". Dieser soll darin bestehen, daß die göttinger Drucksache kein ausreichendes Impressum haben soll und daß wir acht verantwortlich für diese Zeitung, also auch für das Impressum in der Nr. 264 sein sollen. Obwohl es totaler Quatsch ist, acht Menschen für eine Zei-

tung wie die göttinger Drucksache verurteilen zu wollen, wurden wir vom Ordnungsamt zur Zahlung von jeweils 236 DM Bußgeld aufgefordert. Wir haben dieses Bußgeld nicht bezahlt, sondern Widerspruch eingelegt. Richter Kracke hat dann auf brieflichem Weg versucht, uns zu überzeugen, doch zu zahlen und den Einspruch zurückzunehmen, „auch zur Vermeidung evtl. weiterer nicht unerheblicher Kosten". Nach dieser Vor-Verurteilung haben wir das Bußgeld auch nicht bezahlt. Daher wird es in der nächsten Zeit zu einer Verhandlung vor dem Amtsgericht kommen, wo entschieden wird, ob wir das Bußgeld zahlen müssen oder nicht.

Wenn wir diesen Prozeß verlieren, heißt das, daß wir die gesamten Gerichts- und Anwaltskosten zahlen müssen. Vor allem aber heißt das, daß wir trotz der verqueren Vorgehensweise der Polizei stellvertretend für die göttinger Drucksache verantwortlich gemacht werden. Eine Verurteilung würde Verantwortlichkeiten künstlich erschaffen.

Das hätte negative Folgen für die Zeitung selbst, die befürchten müßte, weiterhin kriminalisiert zu werden. Eine Verurteilung würde auch die Schere im Kopf verankern zu schreiben, was schlecht ist und was mensch vielleicht dagegen machen kann.

Ebenso wären die Folgen für uns nicht absehbar, weil wir damit rechnen müßten, jederzeit wieder bespitzelt oder angeklagt zu werden, wenn die Zeitung kritisch zu Themen berichtet, die Justiz und Polizei nicht in den Kram passen, oder wenn die Zeitung als Struktur linker Gegeninformation angegangen werden soll.

Es muß also darum gehen, einen Freispruch vom Vorwurf, „RedakteurInnen" zu sein, und eine Einstellung des Bußgeldverfahrens zu erreichen. Das ist nicht nur gut für uns und spart Geld, sondern ist auch wichtig, weil endlich Schluß damit sein muß, hinter linken Publikationen her zu schnüffeln, militanten oder auch nur spaßvollen Widerstand gegen Castor und andere Schweinereien zu kriminalisieren und hierfür stellvertretend einige Menschen zu Verantwortlichen zu erklären.

Dieses Verfahren hat es der Polizei erlaubt, wieder in einem Teil der Linken rumzuschnüffeln. Vermutlich wollen sie damit auch Menschen einschüchtern. Wir hoffen jedoch, daß Ihr Euch nicht einschüchtern laßt, die göttinger Drucksache unterstützt und auch uns Solidarität zukommen laßt durch finanzielle Unterstützung oder Öffentlichkeitsarbeit.

Die Acht

Es gibt auch ein Konto zur Unterstützung des anstehenden Prozesses:
Antifa AK, Schilling,
Konto 557 367 200,
BLZ 260 900 50, Volksbank Göttingen
mit Stichwort „Prozeß"



Hamburg

Keine weitere Behinderung unserer Gefangenenzeitung blickpunkt!

Unsere Gefangenenzeitung *blickpunkt* ist die derzeit einzige Gefangenenzeitung in Hamburg, sie erschien zuletzt in einer Auflage von 1.000 Exemplaren, die an mehr als 150 Stellen in Hamburg ausliegen. Sie ist für alle Menschen kostenlos und finanziert sich ausschließlich durch Spenden.

Da sich inzwischen viele weitere Stellen, Behörden, Kneipen, Veranstaltungszentren, Läden etc. bereit erklärt haben, die Zeitung auszulegen, und die Nachfrage ständig steigt, plant die Redaktion seit längerem eine Erhöhung der Auflage auf monatlich 30 000 Exemplare, um alle Nachfrage befriedigen zu können.

Seit Monaten wird jedoch das weitere Erscheinen unserer Gefangenenzeitung *blickpunkt* durch die Anstaltsleitung blockiert:

- Auf zigfache Nachfrage der Redaktion wird beständig erklärt, es sei „kein Geld da"
- Gleichzeitig wird jedoch keinerlei Abrechnung über die Spendengelder vorgelegt, der Redaktion ist der Kontostand bis heute nicht bekannt (die letzte Abrechnung erfolgte im März 97!)
- Spendern werden keine Spendenquittungen ausgestellt, das Konto wird mit Zahlungen belastet, die eigentlich Sache der Anstalt sind (z.B. Kosten für die Teilnahme am Bürgerfest Fuhlsbüttel)
- Rechnungen werden nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt, so daß unnötige Mahnkosten und Zinsen entstehen, die dann aus den Spendenmitteln getragen werden müssen.

Solange die Redaktion keinerlei Überblick darüber hat, ob und wie für den Blickpunkt eingehende Spenden verbucht werden und wie der aktuelle Kontostand lautet, kann potentiellen Spendern nicht geraten werden, auf das Konto des „Vereins zur Förderung des Strafvollzugs" (dessen Vorsitzender der Anstaltsleiter ist) zu spenden, da nicht gewährleistet ist, daß die Gelder auch umgehend dem blickpunkt zugute kommen.

Die Anstaltsleitung benutzt die Aussage, es sei „kein Geld da", ganz offensichtlich als Ausrede, in Wahrheit will man das weitere Erscheinen des *blickpunkt* verhindern, weil der Justizbehörde der kritische Inhalt nicht paßt.

Während viele Menschen außerhalb der Mauern ebenso wie Hamburger Behörden, vom Arbeitsamt über die Bewährungshilfe bis zu vielen Bezirksämtern, inzwischen den *blickpunkt* praktisch unterstützen, bei Vertrieb und Auslage mitwirken etc., tut die Justizbehörde alles, um das weitere Erscheinen zu verhindern. Man will keinerlei kritische Berichterstattung, über das, was hinter den Knastmauern vor sich geht, soll nicht berichtet werden - erst recht nicht durch die Betroffenen selbst.

Wir können und wollen die weitere Behinderung, die Verlogenheit und das Gebaren der Verantwortlichen nicht mehr länger tatenlos hinnehmen. Wir fordern deshalb alle Menschen auf, sich für das ungehinderte Erscheinen des *blickpunkt* einzusetzen. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß der Satz des Anstaltsleiters Poenighausen in die Tat umgesetzt wird: „Strafvollzug lebt von der Auseinandersetzung, auch der öffentlichen."

In diesem Sinne fordern wir

- ungehindertes und unzensiertes Erscheinen unserer Gefangenenzeitung
- regelmäßige Offenlegung eingehender Spenden und mindestens monatliche Abrechnung mit der Redaktion
- weiterhin möglichst eigenverantwortliches Handeln der Redakteure, die schließlich im Sinne aller Gefangenen handeln
- die Gründung eines Trägervereins für unsere Gefangenenzeitung, der unabhängig von der Justizbehörde ist und das wirtschaftliche und inhaltliche Überleben der Zeitung sicherstellt
- die tatsächliche Wahrung der Grundrechte (Pressefreiheit, Meinungsfreiheit) auch für Gefangene.

Wir fordern alle Menschen innerhalb und außerhalb der Mauern auf, sich hierfür gemeinsam einzusetzen!

Kontakt: Redaktion blickpunkt, z.H. Jens Stuhlmann, Am Hasenberge 26/JVA, 22335 Hamburg, Tel. (0 40) 5 91 03-346, Fax (0 40) 5 91 03-480

Ja, ich unterstütze die Forderungen der Gefangenen durch meine Unterschrift
Name, Vorname, Anschrift, Unterschrift

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Am 14.3. hat *Margret Mohnhaupt*, am 17.3. *Vreni Lauterbach* Geburtstag. Wir gratulieren herzlich und wünschen beiden weiterhin viel Mut im Kampf für die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF und alles Gute.

Von den „Reue-“ und „Distanzierungs“-projekten zur „Operation Straferlaß“

Die Statistik des bewaffneten Kampfes in Italien zwischen 1970 und 1990 zählt nicht weniger als rund 70 Organisationen und Gruppen. Nicht enthalten sind darin die zahlreichen kleinen Strukturen, die insbesondere in den Jahren 1977 und 1978 einmalig oder unter wechselnden Bezeichnungen aufgetreten sind. Welche Dimension die zahlenmäßige Organisierung in den bewaffneten Kämpfen - im Verhältnis zu anderen westeuropäischen Ländern - hatte, zeigt ein einfaches Beispiel:

Die Formazioni Communisti Combattenti, Mitte 1977 entstanden und nur etwa zwei Jahre aktiv, eine Organisation, die Zeit ihres Bestehens kaum über Italien hinaus bekannt wurde, umfaßte über 120 Militante - drei- bis fünfmal mehr, als die RAF in Deutschland selbst in ihren besten Zeiten je rekrutieren konnte. Und sie war, wie gesagt, nur eine von rund 70 Organisationen. Prima Linea, die nach den Roten Brigaden mit am längsten aktive Organisation (knapp vier Jahre), zählte rund 900 Militante. Wegen Mitgliedschaft in den Roten Brigaden - einschließlich ihrer Abspaltungen und der späteren BR/PCC, bzw. den UdCC wurden im Zeitraum von etwa 20 Jahren über 1.300 Personen angeklagt bzw. verurteilt. (1)

Allein bis 1987 wurden gegen 6.070 Personen Verfahren wegen „linkem Terrorismus“ geführt, 800 Personen aus verschiedenen bewaffneten Organisationen befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis, 107 Verurteilte wurden aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit dem Staat („Reue, „Lossagung“, Verrat) im Rahmen der verschiedenen Gesetzesinitiativen bereits auf freien Fuß gesetzt.

Heute, rund 10 Jahre später, liegt die Zahl der politischen Gefangenen in Italien bei etwa 200. Darin enthalten sind auch palästinensische Gefangene (die in den vergangenen Jahren oft besonders repressiven Haftbedingungen ausgesetzt waren), neuerdings kurdische Gefangene und anarchistische Gefangene, gegen die seit 1996 u.a. wegen Banküberfällen, Bandenbildung und subversiver Vereinigung verhandelt wird. (Angeklagt sind in diesem Verfahren insgesamt 70 Personen.)

Aus den ehemaligen kämpfenden Guerilla-Organisationen sitzen ca. 70 Personen in verschiedenen Gefängnissen, die sich nicht von ihrer Vergangenheit und ihrer politischen Praxis distanziert haben. Darunter sind 16 Frauen. Sie kommen aus den Roten Brigaden und deren Abspaltungen, z.B. den UdCC und dem Partito Guerilla. Auch aus den NAP befinden sich noch zwei Genossinnen im Gefängnis. Aus den Roten Brigaden sind die meisten Gefangenen seit sehr langer Zeit im Knast, einige aber auch erst seit 1993.

Seit mehr als 10 Jahren legen die politischen Exponenten der Bourgeoisie nun ihrem Parlament Entwürfe für Straferlaßgesetze vor, die auch die revolutionären Gefangenen mit betreffen.

Der bisher letzte und aktuelle Vorstoß in Sachen Straferlaß ist eine Gesetzesvorlage, die von der Partei des Demokratischen Sozialismus, also dem ehemaligen PCI, den Grünen und der faschistischen Alleanza Nazionale (AN) nahezu übereinstimmend eingebracht wurde. Sie geht auf eine Gesetzesinitiative von vor mehr als 10 Jahren zurück, wird aber erst jetzt breit und öffentlich diskutiert und hat eine Art Kampagnencharakter bekommen. Sie sieht unter anderem vor: Umwandlung von lebenslänglich in 21 Jahre, 5 Jahre Strafabzug für Verurteilte, die weniger als 10 Jahre abzusitzen haben. Nicht gelten soll dieser Bonus für Exilierte, also die, die im Ausland leben und in Abwesenheit verurteilt wurden, und ebenfalls nicht für „Taten“, die nach dem 31. Dezember 1988 verübt worden sind.

Wesentlich sind aber vor allem die jeweiligen individuellen Umstände, die immer die Möglichkeit, in den Genuß des Straferlasses zu kommen, begleiten. Sie unterscheiden im wesentlichen zwischen Gefangenen, die ein sog. „Blutdelikt“ begangen haben, und anderen ohne diesen Vorwurf, sie unterscheiden zwischen solchen, die wegen ganz spezifischer „Delikte“ verurteilt wurden, und solchen, die nur wegen subversiver Organisierung oder wegen moralischer Unterstützung - also ohne konkreten Tatvorwurf - verurteilt wurden.

Selbstverständlich sollen alle diese Strafnachlaßvorteile nicht nur den Revolutionären und ehemaligen militanten Gefangenen der Linken zugute kommen, sondern auch den Protagonisten der rechten Blutbäder in Italien.

Warum werfen - auch maßgebende - Vertreter der Bourgeoisie immer wieder die Frage eines Straferlasses auf, der sich nicht ausschließlich auf jene bezieht, die dafür ihre Gegenleistungen in Form der Klassenzusammenarbeit, der individuellen „Lossagung“ oder der „Reue“ erbringen?

Spätestens mit den sog. „Curcio-Briefen“, mit denen eine Gruppe ehemaliger Angehöriger der Roten Brigaden 1987 aus dem Gefängnis heraus ihre Dialogbereitschaft auch mit staatlichen Institutionen erklärte, ist das Problem der politischen Gefangenschaft in Italien in eine „öffentliche“ Diskussion gebracht worden. Diese Diskussion hatte vor allem die massenhafte Anwendung der Sondergesetze zu Abschwörung, Reue und Straferlaß zum Inhalt. Und vom sog. Cossiga-Gesetz 1979/80, das hohe Strafnachlässe für die gewährte, die mit den Behörden zusammenarbeiten, über das Gozzini-Gesetz 1987, das jene begünstigt, die sich zumindest „distanzieren“, zieht sich ein direkter Faden zur heutigen Operation indulto - zum Straferlaß.

Die mit Strafrabatt und Straferlaß verbundenen Gesetzesinitiativen zu „Abschwörung“ und „Reue“ haben - das kann nur bestreiten, wer die Realität nicht sehen will - innerhalb der Bewegung wie unter den Gefangenen zu Niederlagen und Spaltungen geführt und zahllose neue Prozesse auf der Basis von Kronzeugenaussagen hervorgebracht. Vor allem aber haben all die eine Stimme und einen Raum bekommen, die verkündet haben und verkünden: „Alle nach Hause, der Krieg ist aus, wir haben alles falsch gemacht, die Welt ist anders geworden“. Dies bestimmte und bestimmt den Raum der „öffentlichen Diskussion“.

Was darin fehlte und davon nicht betroffen ist und letzten Endes nicht getroffen werden konnte, ist der - wenn auch in sich alles andere als homogene - Bereich jener politischen, revolutionären Gefangenen, die unabhängig von jeder auf Belohnung und Differenzierung beruhenden Taktik - Analyse und Kritik der Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren und daraus abgeleitet - eine Perspektive zur Wiedergewinnung revolutionäre Initiative in den Mittelpunkt stellen.

Das Gesicht der bürgerlichen Aufarbeitung der Geschichte, die darin vertretenen Interessen und die zutage tretenden Allianzen auch unter sich sonst bekämpfenden Fraktionen und Gruppen der herrschenden Klasse zeigt sich sehr deutlich am Fall Sofri, Bompresi und Pietrostefani. Alle drei waren ehemals führende Mitglieder der Organisation Lotta Continua, die sich 1976 selbst aufgelöst hat. Sie wurden 1988 verhaftet und wegen der Erschießung des Polizeikommissars Luigi Calabresi 1972 angeklagt. Calabresi hatte damals die Ermittlungen wegen des Bombenattentats auf die Mailänder Landwirtschaftsbank am 12. Dezember 1969 geführt. Obwohl die Spur eindeutig auf eine Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und Geheimdiensten hinweisen, wurde ausschließlich gegen Linke ermittelt. Bei einer

Vernehmung durch Calabresi stürzte der Anarchist Giuseppe Pinelli aus dem Fenster des Polizeipräsidiums. Lotta Continua hatte damals Calabresi für den Mord an Pinelli verantwortlich gemacht, und jetzt, 1988, beschuldigte einer der damaligen Mitläufer der Organisation die drei, die spätere Erschießung Calabresis organisiert zu haben. Sofri, Pietrostefani und Bompresi wurden inzwischen zu je 200 Jahren Haft verurteilt. Interessant ist aber die öffentliche Kampagne, die zugunsten der drei geführt wird, vom Staatspräsidenten bis zu Literaten, Publizisten und Politikern, die sich alle für eine Revidierung des Urteils einsetzen. Hintergrund ist natürlich, daß Sofri sich seit vielen Jahren öffentlich vom sog. „Radikalismus der frühen Jahre" abgewandt hat, heute als Publizist und Herausgeber arbeitet und auch die anderen ehrenwerte Karrieren gemacht und ihren Weg in die bürgerliche intellektuelle Elite gefunden haben.

Die Argumentation von einer „gnadenlosen Rechtsmaschinerie" gegen Sofri und die anderen macht - völlig unabhängig davon, was man von dem Urteil, den Beweisen und der Tatsache, daß alles auf den Aussagen eines zweifelhaften Kronzeugen beruht - klar, was die Signale sind: Absage und Rückkehr ins Bürgertum. Die Justiz hat sich den politischen Zielen unterzuordnen und ist ihnen untergeordnet.

Sofri, Bompresi und Pietrostefani sind, wie zahlreiche andere, die ihren Weg zurück in den Schoß dieser Gesellschaft gesucht und gefunden haben, zum Spielball und Objekt der unterschiedlichen Interessen der bürgerlichen Klassenfraktionen geworden und werden hier wie dort benutzt, vorgezeigt, ausgeschlachtet, gehätschelt oder getreten.

Die Ablehnung der Amnestievorstöße der Bürgerlichen und die Ablehnung der Straferlaß-Manöver von seiten der revolutionären, vor allem kommunistischen Gefangenen und deren Organisierungsstrukturen draußen ist auch auf diesem Hintergrund zu sehen. Als taktische Vorschläge der einen oder anderen bürgerlichen Fraktion verfolgen sie ein Ziel, das nicht das Ziel der revolutionären und kommunistischen Bewegung ist, sondern durch ihre Unterstützung in erster Linie die Ziele und Absichten dieser jeweiligen Fraktion oder Allianz begünstigt. Revolutionäre Positionen sind aber keine Tauschware zwischen den Interessensgruppen, Banden und Personen, aus denen sich das herrschende Lager zusammensetzt.

Das ist auch der rund, warum sich die revolutionären politischen Gefangenen für diese Debatten wesentlich weniger interessieren als die, die sich von ihnen befreien wollen, um damit auch zu dokumentieren, daß nicht nur ein Kampfzyklus abgeschlossen ist, sondern eine ganze Epoche der Klassenkämpfe, aus der Staat und Kapital als Sieger hervorgegangen sind und deshalb auch die „alten und unbelehrbaren Relikte dieser Zeit" getrost nach Hause schicken kann.

Um diese neue Straferlaß- und Amnestiedebatte auch für die revolutionären Gefangenen aufzuwerfen, hat man in Ruhe gewartet, bis diese durch die unterschiedlichsten Dissoziations- und Reuekampagnen auf ein - im Verhältnis dazu - spärliches Häufchen reduziert worden sind. Im wesentlichen wird die Freilassung in dem Moment auf den Tisch gebracht, in der sie nicht mehr schadet.

Vor allem aber: Alle, die sich heute auf diesem Feld der Amnestie stark machen, mehr oder weniger bedeutsame „politische Lösungen" vorschlagen, vollziehen eine Umschreibung der Geschichte dieser Klassenkämpfe in Italien und reduzieren die Tragweite auf etwas, was der bürgerliche Staat verdauen kann.

Die Parolen etwa von „Rete Sprigionare" lauten heute: Die Leute sind im Gefängnis gelandet, weil sie gegen die Korrupten, gegen die Faschisten, gegen die Auswüchse der kapitalistischen Auspressung, gegen die Mafia und gegen die Putschisten gekämpft haben. Weil der bürgerliche Staat selbst an einem bestimmten Punkt diese Auswüchse und Abweichungen angreift, ist man auf die glänzende Idee gekommen, dieses Argument zu benutzen, um diejenigen zu befreien, die sich - natürlich auch - dagegen gewandt haben.

Unterschlagen wird, daß gegen das System gekämpft wurde, und nicht gegen seine Fehler oder Auswüchse. Dabei verschwindet der Klassenkampf, es verschwindet das Ziel der Machtergreifung und des Kommunismus, es verschwindet die gesamte Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses, die dem Verlauf des Bewaffneten Kampfes, aber auch den gesamten Klassenkämpfen der vergangenen 25 oder 30 Jahre zugrundelagen.

Eine Freilassung auf dieser Basis bedeutet, den Gefangenen, die für den Kommunismus und nicht gegen die Korruption gekämpft haben, ihre Geschichte zu nehmen und ihnen eine andere, die nicht die ihre ist, anzudrehen.

Episoden, die das verdeutlichen, gibt es nahezu täglich. Der frühere christdemokratische Abgeordnete und heutige Vorsitzende des Mailänder Kommunalrats, De Carolis - der 1975 von einem BRD-Kommando angegriffen worden ist - hat kürzlich bei einem Händeschütteln mit dem inzwischen freigelassenen Ex-Brigadisten Prospero Galinari öffentlich erklärt, wie sehr er die intellektuellen Fähigkeiten der Roten Brigaden heute schätze, wie sie gesellschaftliche Probleme analysiert und theoretische Beiträge von höchstem Niveau verfaßt hätten. De Carolis ist - zumindest nach außen - auch ein „geläutertes" Mitglied der profaschistischen Geheimloge P2, die in den siebziger und achtziger Jahren den Staatsstreich in Italien vorbereitet hat.

(gruppe 2)

(1) Die Zahlen über Verfahren, Mitgliederstärke, Verurteilungen etc. stammen aus der inzwischen in drei Bänden vorliegenden Reihe „progetto memoria", Edizione Sensibili alle Foglie", die sich mit den bewaffneten Organisationen in Italien befaßt und an deren Herausgabe und Erstellung der BR-"Historische" Renato Curcio maßgeblich beteiligt ist.

Termine

Hamburg, 11.3., 20 Uhr

Info Veranstaltung: Die neue Praxis des polizeilichen Ewahrsams; Vorbeugehaft, Hauptverhandlungshaft usw.

VeranstalterIn: Rote Hilfe Hamburg, Ort: Brigittenstr. 5

Göttingen, 14.3.

Norddeutsche Demo für die Freiheit der politischen Gefangenen

Für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF, für die Abschaffung der §§ 129/129a, für die Freiheit der politischen Gefangenen aus der linken Bewegung weltweit!
Ort und Zeit sind bei der Roten Hilfe Kiel, Tel/Fax 04 32-7 51 41 zu erfragen.

Kaiserslautern, 18.3., 20 Uhr

Info Veranstaltung über den Kampf der Studierenden in der Türkei

Delegationsbericht, ausgehend von Gesprächen mit VertreterInnen der Studentenvereinigung TÖDEF und Devrimci Genclik über die Geschichte der Studierendenbewegung in der Türkei, die momentane Situation und die Perspektive des Kampfes. Außerdem soll es um die Möglichkeit gehen, die Kämpfe der Studierenden und SchülerInnen in der BRD und der Türkei zu verbinden bzw. aus den unterschiedlichen Kampferfahrungen voneinander zu lernen. Referent: Mitglied des Komitees für internationale Solidarität (KL), VeranstalterIn: AStA der Uni KL, Ort: Uni Kaiserslautern

Kiel, 18.3.

Hinter diesen Mauern. Mumia Abu Jamal und der lange Kampf um Freiheit

Mumia Abu-Jamal droht ein neuer Hinrichtungstermin. In den nächsten Wochen wird der Supreme Court die Entscheidung über Abu Jamals Wiederaufnahmeverfahren fällen. UnterstützterInnen befürchten, daß sie negativ ausfällt. Aus diesem Anlaß zeigt die Rote Hilfe Aktivengruppe Kiel den Film „Hinter diesen Mauern ..." des KAOS Film- und Video-Teams. Auch der Tag ist nicht zufällig, es ist der 18. März, der Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen.
Der Film dokumentiert durch ein Interview mit Abu Jamal, durch Gespräche mit Weggefährten, Familienangehörigen, Prozeßbeteiligten und durch Archivmaterial wesentliche Teile seiner Biographie, den Prozeßverlauf und den langen Kampf um ein Wiederaufnahmeverfahren, die einzige Möglichkeit, dem Tod durch die Giftspritze zu entgehen.
Ort: Arbeitsloseninitaitive Kiel, Iltisstr. 34, 24143 Kiel

Prozeßtermine Monika Haas

Montag, 2.3., 13.30 Uhr
Donnerstag, 12.3., 10.15 Uhr
Donnerstag, 19.3., 10.15 Uhr
Montag, 30.3., 13.30 Uhr

JERICHO 98

Freiheit und Frieden für alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen!

Unsere politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen sitzen nun seit langer Zeit in Amerikas Gefängnissen. Diese Brüder und Schwestern, Männer und Frauen, die als Konsequenz ihrer Entscheidung, aktiv gegen Rassismus, Kolonialismus, Kapitalismus und Tyrannei in all ihren Formen (wie z.B. Polizeibrutalität, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogen etc.) zu kämpfen, aus der Illegalität heraus oder wegen ihrer Mitwirkung in Gruppen oder Organisationen gefangen und in den Knast gesteckt wurden. Sie haben alle rassistischen und ethnischen Barrieren überwunden, wie dies Voraussetzung ist für den Kampf gegen Unterdrückung in diesem Land. Es sind Menschen wie Leonhard Peltier vom American Indian Movement (AIM), Janin Phillips Africa vom MOVE, Tom Manning von der United Freedom Front, Sekou Odinga von der Black Liberation Army, Silvia Baraldini, einer Italienerin der North American Anti-Imperialist Movement, Carmen Valentin von der Armed Forces for National Liberation (FALN) und Marshall Eddi Conway von der Black Panther Party. Als Mitglieder ihrer Gruppen und Organisationen, die für Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen, wurden sie inhaftiert, ihre Aktivitäten kriminalisiert, und sie wurden dazu verurteilt, die meiste Zeit ihres Lebens im Gefängnis zu verbringen. Sie wurden und werden gerade wegen ihrer politischen Anliegen und Motivation den härtesten Haftbedingungen unterworfen, gleichzeitig leugnet die Regierung der USA die Existenz von politischen Gefangenen.

Die Jericho 98 Kampagne wurde ins Leben gerufen, um die Vertuschung und Lügen der amerikanischen Regierung zu entlarven. Rund um den geplanten Marsch um das Weiße Haus am 27. März 1998 wollen wir den Menschen zeigen, daß in diesem Land politische Gefangene existieren. Hierfür wollen wir eine große Demonstration am 27. März am Weißen Haus abhalten, um Freiheit und Frieden für alle politischen Gefangenen zu fordern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir eine starke Kampagne schaffen und durchführen, wir müssen eine gemeinsame Front für die Forderung nach Freilassung und Frieden für die politischen Gefangenen errichten. Dabei brauchen wir auch Deine Hilfe, um diese Bewegung aufzubauen.

Wenn Du mithelfen möchtest, schreibe bitte an

The Jericho 98 Organizing Committee,
P.O. Box 650, New York, N.Y. 10009

Komitee für die

Rückkehr Silvia Baraldinis nach Italien

21. November 1997

Liebe Freunde und Unterstützer,

die Entscheidung des Parole Board (Bewährungsausschuß) war in Silvias Fall, daß sie die gesamte Strafe verbüßen muß oder, um es mit deren Worten zu sagen: „der gegenwärtige Ablauf wird fortgesetzt“, oder, wie die Gefangenen es nennen, man muß „alles bringen“. Dies war keine unerwartete

Weißt Du eigentlich,

daß es an vielen Orten, weit, weit weg
Hunderte von Freiheitskämpfern gibt, die
krimineller Taten beschuldigt wurden, die sie nicht begangen haben,
und eingesperrt wurden für ihre politischen Aktivitäten?

Als Bürger der aufgeklärtesten Demokratie der Welt müssen wir unmißverständlich klarmachen
daß, wenn diese rückständigen Staaten einen Platz
in der Familie freier und demokratischer Nationen einnehmen wollen,

alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen freigelassen werden müssen.

JERICHO '98
Amnestie und Freiheit für alle politischen Gefangenen

Nationaler Marsch auf das Weiße Haus, Freitag, 27. März 1998



Entscheidung, gerade das aber sagt auch viel über den Charakter der Entscheidung aus.

Das Echo auf die Kampagne zu Silvia war einfach überwältigend. Ihr alle habt einen wichtigen Beitrag zur Deckung von Silvias Kosten geleistet, und Eure Briefe waren eine starke Grundlage für das Verfahren um Silvias Freilassung auf Bewährung.

Silvia hat gegen die Entscheidung Berufung eingelegt. Elizabeth Fink, Silvias Rechtsanwältin, hat diese Berufung vor allem damit begründet, daß das Parole Board wichtige Faktoren überhaupt nicht berücksichtigt hat, so sind die Aufzeichnungen aus dem Gefängnis, die dort über jeden Gefangenen geführt werden, bei der Entscheidung nicht berücksichtigt worden, und das Parole Board hat von Silvia Antworten auf Fragen verlangt, zu denen sie überhaupt nicht verpflichtet war. Was sie, so die Rechtsanwältin, letztlich wirklich berücksichtigt haben, war der politische Charakter der Aktionen.

Silvia bittet Euch, die folgenden Aktionen für alle politischen Gefangenen zu unterstützen:

- Die Veranstaltungen zu Mumia Abu-Jamal in Philadelphia und San Francisco
- Den Jericho 98 Marsch in Washington DC, der für den 27. März geplant ist
- Die Mobilisierung nach Washington DC für den 25. Juli 1998, dem 100. Jahrestag der US-Invasion in Puerto Rico, für die puertoricanischen Gefangenen und P.O.W.s

Mit den besten Grüßen
für das Committee: Toby Emmer, Jane Segal

Weibliche politische Gefangene in den USA



Von links nach rechts: Marilyn Buck, Laura Whitehorn, Susan Rosenberg and Silvia Baraldini

Obwohl die US-amerikanische Regierung die Existenz politischer Gefangener leugnet, befinden sich zur Zeit mehr als 100 politische und Kriegsgefangene in amerikanischen Gefängnissen - 25% davon sind Frauen. Jeder politische Gefangene ist aufgrund seiner Überzeugungen und politischer Aktionen gegen die US-Regierung in Haft. Diejenigen Frauen und Männer, die wegen rechtsgerichteter politischer Taten gegen die US-Regierung inhaftiert sind, unterstützen wir nicht.

Die Strategie der Regierung besteht darin, die politische Identität dieser Gefangenen durch Schlagworte wie „Terrorismus" zu leugnen, indem sie darauf besteht, daß diese Frauen und Männer Kriminelle seien. Das internationale Recht garantiert jedoch allen Menschen das Recht, gegen die illegale und unmoralische Politik ihrer Regierung Widerstand zu leisten.

Politische und Kriegsgefangene sind in den USA Teil der Geschichte des politischen Widerstandes. Sie wurden aufgrund bewaffneter Aktionen und ihrer politischen Überzeugungen im Zusammenhang mit der Unterstützung des schwarzen / New African Befreiungskampfes, der Souveränität der Native American Völker und der Unabhängigkeit Puerto Ricos inhaftiert. Sie hatten sich gegen den Ku-Klux-Klan, gegen Polizeibrutalität, gegen US-amerikanische Interventionen in Zentralamerika und gegen die Apartheid in Südafrika zusammengeschlossen.



Von links nach rechts: Alejandrina Torres, Carmen Valentin und Cylcia Pagán

Wer sind die Frauen?

- Dylcia Pagán, Lucy und Alicia Rodriguez, Alejandrina Torres und Carmen Valentin sind puertoricanische Unabhängigkeitskämpferinnen. Sie wurden wegen „aufrührerischer Verschwörung" zu Haftstrafen zwischen 56 und 98 Jahren verurteilt und wegen ihres Kampfes gegen die US-amerikanische Kolonialherrschaft in Puerto Rico gefangengenommen.
- Debbie Sims Africa ist eine von vier African American Frauen von MOVE, einer schwarzen, revolutionären, nationalistischen Gruppe, die sich in den 80er Jahren in Philadelphia gegen Polizeiangriffe auf ihre Familien und ihre Organisation zur Wehr setzten mußte.
- Marilyn Buck und Laura Whitehorn sind zwei von sieben weißen nordamerikanischen antiimperialistischen politischen Gefangenen. Marilyn erhielt 80 Jahre Gefängnis wegen ihren politischen Aktivitäten, darunter die Unterstützung der Flucht der Führerin der Black Liberation Army, Assata Shakur, aus dem Gefängnis.

Diese Frauen sind die Schwestern der irischen Frauen, die in Armagh gefangengehalten werden, und der Frauen, die in El Salvador wegen ihrer revolutionären Aktionen in Haft sind. Sie sind die Schwestern der Frauen wie Adora Fe DeVera, die viele Jahre lang auf den Philippinen in einem unterirdischen Gefängnis saß, oder Irmgard Möller, eine kürzlich aus der Haft entlassene deutsche Gefangene. Alle diese Frauen sind politische Gefangene und Kriegsgefangene. Ihr Kampf ist Teil eines internationalen Kampfes der politischen Gefangenen um Gerechtigkeit.

Diese Frauen sind wie andere weibliche politische Gefangene überall in der Welt überzeugte Aktivistinnen, die ihre Arbeit auch hinter den Gefängnismauern fortsetzen. Sie führen Gefängnisproteste an, organisieren Kurse zu AIDS, verteidigen die Rechte von Gefangenen, unterrichten Literatur und arbeiten solidarisch mit anderen Frauen im Gefängnis zusammen, um gegen rassistische Bedingungen zu protestieren. Sie kämpfen gegen die Repression und Isolation des Gefängnissen, die ihre politische Identität und Praxis zerstören sollen.

Die USA haben die am schnellsten wachsende Gefangenenzahl in der westlichen Welt, außerdem werden hier politische Gefangene zu den längsten Haftstrafen verurteilt. Die USA wollen weibliche politische Gefangene lebenslänglich einsperren. Bedingte Freilassungen sind selten. Viele werden für Jahrzehnte eingekerkert wegen Aktionen, bei denen niemand verletzt wurde. Ihre unverhältnismäßig hohen Urteile dienen nicht nur dazu, sie zu bestrafen, sondern auch dazu, andere Frauen davon abzuschrecken, ebenfalls aufzustehen und Widerstand zu leisten. Linda Evans z.B. wurde wegen des Benutzens eines falschen Ausweises, mit dem sie vier legale Waffen kaufte, zu 30 Jahren Haft verurteilt. Mehr als die Hälfte der Leute, die wegen desselben Vergehens verurteilt wurden, bekamen Bewährung.

Wir setzen ein Gegengewicht

Unsere Stimmen, unsere Aktionen setzen ein Gegengewicht.

Wir können unsere Schwestern nicht vergessen. Wir können nicht zulassen, daß die US-Regierung sie weiter wegschließt. In der Vergangenheit waren öffentliche Kampagnen schon erfolgreich.

• Zwei Sonderabteilungen für weibliche politische Gefangene in Bundesgefängnissen, Cardinal Unit in Alderson, West Virginia, und der Hochsicherheitstrakt in Lexington, Kentucky, wurden aufgrund eines öffentlichen Aufschreis geschlossen. Alejandrina Torres, Silvia Baraldini und Susan Rosenberg widerstanden zwei Jahre lang sensorischer Deprivation und Kleingruppenisolation in diesem unterirdischen Hochsicherheitstrakt von Lexington, bevor er geschlossen wurde.

• Nach breitem internationalen Druck veranlaßte Präsident Carter 1979 die bedingungslose Freilassung von vier langinhaftierten puertoricanischen nationalistischen Gefangenen, darunter auch Lolita Lebron. Überall in der Welt haben Regierungen politische Gefangene freigelassen. Nun ist es für die USA an der Zeit, dasselbe zu tun.

Weitere Informationen und Kontakte:

• Out of Control, 3534 18th Street, # 3ß, San Francisco, 94110

• Interfaith Prisoners of Conscience / Project of the Bay Area, c/o EPI, PO Box 9334, Berkeley, CA 94709

• National Committee to Free Puerto Rican Political Prisoners and POWs, 3534 18th Street, # 12, San Francisco, CA 94110

Ruft unsere Hotline an: (415) 5 22-29 37

Politische Gefangene brauchen Eure Unterstützung

Merle Austin Africa, #006306
Janet Holloway Africa, #006308
Janin Phillips Africa, #006309
Debbi Sims Africa, #006307
451 Fullerton Avenue, Cambridge Springs, PA 16403-1230

Sivila Baraldini, #05125-054
Susan Rosenberg, #03684-016
Alejandrina Torres, #92152-024
FCI Danbury, Pembroke Station, Danbury, CT 06811

Kathy Boudin, #84-G-171
Judy Clark, #83-G-313
Bedford Hills, Box 1000, Bedford Hills, NY 10507

Marilyn Buck, #00482-285
Linda Evans, #19973-054
Dylcia Pagán, #88971-024
Alicia Rodriguez, #88972-024
(Lucy) Ida Luz Rodriguez, #88973-024
Carmen Valentin, #88974-024
Laura Whitehorn, #22432-037
5701 8th Street, Camp Parks, Dublin, CA 94568

Türkei

Der Kampf um die Gefangenen geht weiter

Während einer vom Informationszentrum für freie Völker organisierten Delegationsreise, die zwischen dem 21.1. und 27.1.98 stattfand, hatten wir u.a. die Möglichkeit, mit den Anwälten des „Rechtsbüros des Volkes" in Istanbul über die momentane Situation der revolutionären Gefangenen, aber auch über ihre Situation als politische Anwälte zu reden.

Das Rechtsbüro des Volkes vertritt u.a. Menschen aus den verschiedensten Bestandteilen der gesellschaftlichen Opposition und des Widerstands in politischen Verfahren, wie z.B. in dem Verfahren gegen mehrere Polizisten, die an dem Massaker am Volk von Gazi, das im März 95 stattfand, beteiligt waren. In diesem Prozeß vertreten sie die Interessen der Angehörigen der Opfer, indem sie versuchen, größtmöglichen Druck auf die Staatsanwaltschaft auszuüben, die nichts versucht, um die Zusammenhänge dieses Massakers, bei dem 17 Menschen ermordet wurden, aufzuklären. Aus ihrem Selbstverständnis, das darauf beruht, das Volk im Kampf gegen den Mafia- und Folterstaat zu unterstützen, vertreten sie auch politische Gefangene, die ihre Rechte wahrnehmen wollen.

Zeki Rüzgar (eines der Anwälte des Rechtsbüros) ist seit 1993 in seinem Beruf tätig und seit dieser Zeit ständiger Repression seitens der Staatsorgane ausgesetzt. In den letzten 4 Jahren wurde das Rechtsbüro zweimal von Polizisten überfallen und durchsucht. Das Gleiche passierte ihm auch schon in seiner Wohnung. Zusätzlich versuchen Polizisten, ihn und seine Kollegen durch ständige Drohungen vor und in den Gerichtssälen einzuschüchtern.

Als Anwalt, der schon des öfteren Menschen verteidigte, denen die Mitgliedschaft in der DHKP-C vorgeworfen wurde, wurde er auch schon Opfer der staatlichen Verfolgungsbehörden. Zweimal wurde er selbst wegen „Mitgliedschaft" und viermal wegen „Verstoß gegen die Regeln des Gerichts" angeklagt. Bisher mußte er einmal eine mehrere Monate dauernde Haftstrafe absitzen. Folter während sog. vorübergehenden Festnahmen gehört für ihn wie für viele andere Rechtsanwälte zum Alltag.

Die Anwälte aus dem Rechtsbüro des Volkes sind außerdem Mitglied im Zeitgenössischen Anwaltsverein (CHD), einem Zusammenschluß fortschrittlicher Rechtsanwälte, der wegen der Menge der darin vertretenen Verteidiger ein größeres Gewicht in der öffentlichen Diskussion hat. Ein Anwalt aus dem Rechtsbüro ist im Vorstand der Istanbuler Sektion des CHD, was auch einen Schutz gegenüber der Hetze staatlicher Organe bzw. der staatstragenden Medien darstellt, die immer wieder versuchen, sie als Terroristen zu denunzieren. (...)

Im Anschluß an diese Einleitung, die die Situation politischer Rechtsanwälte in der Türkei am Beispiel des Rechtsbüros des Volkes verdeutlichen soll, möchten wir einen Text veröffentlichen, den die Anwälte des Büros zur Situation der Gefangenen in den türkischen Knästen geschrieben haben. Die Problematik der Isolationshaft, die für die Türkei erst einmal was Neues darstellt, steht zur Zeit für die Anwälte wie für die Gefangenen im Vordergrund. Zeki Rüzgar erzählte dazu noch, daß im Moment Ärzte, Architekten und Anwälte versuchen, das Terrain Isolationsfolter wissenschaftlich zu bearbeiten und eine Öffentlichkeit gegen diese für die Türkei neue Foltermethode zu schaffen. Er erzählte uns außerdem, daß für die Planung und den Bau dieses Typs von Isolationszellen eine US-amerikanische Spezialistin angereist war, die das Projekt überwachte und aus ihren Erfahrungen heraus Hilfestellungen gab.

Bericht des Rechtsbüro des Volkes (8.1.98)

Mit den bei der Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats - MGK - gefaßten Beschlüsse vom 28. Februar 1997 wurde sogleich mit der Errichtung spezieller Gefängniszellen begonnen. Entgegen den in den Gefängnissen auftretenden nicht zu lösenden Problemen, wie Gesundheit, Verteidigungsrecht, Familienbesuch, sozialpolitische und kulturelle Rechte u.ä., wurden in einem Zeitraum von 3 Monaten 1 Trillion TL (umgerechnet 1,6 Mio. DM) für den Bau dieser Zellen ausgegeben. Obwohl bei der Errichtung dieser Zellen versichert wurde, keine politischen Gefangenen dort unterzubringen, zeigen die Entwicklungen, daß dem nicht so ist.

Nachstehend zählen wir die vorwiegenden Probleme auf, die durch die gewaltsame Beseitigung der Rechte der Gefangenen durch die Macht, die diese Zellen zu legitimieren versucht, auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Errichtung der Zellen: Nachdem der MGK den Beschluß gefaßt hatte, wurde innerhalb kurzer Zeit in 30 Gefängnissen die Errich-

tung des neuen Zellentyps abgeschlossen. Diese Zellen sind für die Unterbringung von 4 oder 2 Personen und als Einzelzellen bestimmt. Im unlängst fertiggstellten Kartal-Gefängnis in Istanbul wurde der Umbau auf diesen Zellentyp soeben abgeschlossen. In den Gefängnissen wie Sakaryua, Aydin, Ceyhan, Kürkcüler, Malatyia, Konya, Nigde, Mugla, Usak, Erzurum, Ordu, Tranzon, Afyon wurde die Errichtung der Zellen ebenfalls abgeschlossen. Für das Gefängnis von Bergama gibt es ebenfalls die Anordnung, jedoch wurde mit den Aufbauarbeiten noch nicht begonnen. Gegenüber den Reaktionen des Volkes gab der Minister, der diesen Erlaß verfügt hatte, am 29. September 97 in einer Erklärung bekannt, daß diese Zellen lediglich für „Homosexuelle, Bisexuelle, für Personen, deren Lebenssicherheit bedroht ist, Personen, die es vorziehen, alleine zu sein, Gefangene mit ansteckender Krankheit wie Gelbsucht, Tuberkulose oder AIDS, jene, die von den anderen Gefängnisinsassen ausgestoßen werden, Psychopathen, Geisteskranke, die ‚Bosse' in den Zellen, Mafiosi" bestimmt seien. Der Erlaß zeigt jedoch bereits, daß sowohl politische als auch Strafgefangene in die Zellen gesperrt wurden. (...)

Das Recht auf Leben: Das Recht auf Leben wird keinem Gefangenen garantiert, vor allen Dingen den politischen nicht. Der Staat beherrscht die Gefängnisse. Dies reicht bis hin zu Massakern. Gegen Gefangene, die sich infolge eines Massakers im Ümraniye-Gefängnis zu einem Aufstand erhoben hatten, wurde ein Prozeß eröffnet. Die Planer und Ausführenden des Massakers jedoch blieben unbestraft. In einem offiziellen Protokoll, das nach dem Massaker im Buca-Gefängnis angefertigt wurde, heißt es, daß die Soldaten bei ihrem Eintritt in die Zellen nicht im Besitz von Eisenstangen gewesen wären. Lediglich die Barrikaden hätten sie beseitigt, und während die Sicherheitskräfte eine Durchsuchung in den Zellen durchführten, hätten sich politische Gefangene selbst aus dem oberen Teil ihres Etagenbetts heruntergestürzt, was die Ursache für Tote und Verletzte gewesen sei. Auch bei diesem Massaker wurde gegen die Verantwortlichen kein Prozeß eröffnet. Die Gefangenen werden als Terroristen und Feinde abgeurteilt. In den Gefängnissen ist das Leben der Strafgefangenen ebenso bedroht wie das der politischen. Auch Strafgefangene, die gegen die Folter Widerstand leisten oder sich gegen die Unterdrückung wehren, werden ermordet.

Gesundheitsprobleme: Bis auf das Sagmalcilar (Bayrampasa)-Gefängnis verfügt kein anderes über Krankenhäuser bzw. medizinische Einrichtungen. Aber selbst dieses ist nicht sonderlich gut ausgestattet. Der Transport der erkrankten Gefangenen in Krankenhäuser wird auf verschiedene Weise (z.B. unter Vorwänden wie Geldmangel oder daß kein Soldat zur Verfügung stehe oder durch provokatives Verhalten der Soldaten) verhindert.

An Kranken, die es schaffen, ins Krankenhaus gebracht zu werden, wird aber häufig aufgrund der Anwesenheit von Soldaten keine Untersuchung durchgeführt. Manche Ärzte geben vor, derzeit nicht im Dienst zu sein. Seit bereits zwei Monaten werden in den Gefängnissen von Sakarya, Usak, Buca, Bergama und Aydin unter dem Vorwand, daß die finanziellen Mittel nicht ausreichen würden, keine Medikamente gekauft.

Medikamente, die von Angehörigen oder Rechtsanwälten der Gefangenen gebracht werden, läßt die Gefängnisverwaltung nicht zu. Somit ist es den Gefangenen auch nicht möglich, sich selbst zu behandeln. Vorübergehende Krankheiten oder Wunden vergehen oder heilen, noch bevor es zu einer ärztlichen Behandlung kommt. Gefangene mit ernsthaften Krankheiten werden einfach dem Tod überlassen. Aufgrund der Willkür, die Gefangenen nicht in Krankenhäuser zu bringen oder sich nicht um sie zu kümmern, kommt es zu Toten. (...) Ansteckende Krankheiten verbreiten sich aufgrund mangelnden Schutzes sehr rasch. Vier im Sakarya-Gefängnis inhaftierte Frauen leiden an Tuberkulose. Im Buca-Gefängnis schätzt man die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten auf 78. Den Gefangenen, die durch ihre Teilnahme am Todesfasten im Jahr 1996 unheilbare Krankheiten davontrugen, wurde keinerlei Hilfe geleistet; sie werden von ihren Zellengenossen behandelt. So wurden auch die Gefangenen vom Cankiri, Sakarya und Buca-Gefängnis nach Ende des Todesfastens lediglich einmal mit Infusionen versorgt und danach mit den Worten: „Euer Zustand hat sich gebessert" wieder zurückgeschickt.

Besuchsprobleme: Die meisten Angehörigen, die zu Besuch kommen, werden abgewiesen. Obwohl es in der Türkei gesetzlich nicht erforderlich ist, einen Verwandtschaftsnachweis zu erbringen, wird dies oftmals als Vorwand für eine Abweisung benutzt. Die Angehörigen werden bei jedem Besuch beschimpft. Sie werden als potentiell schuldig betrachtet. Z.B. werden im Ümraniye-Gefängnis ihre Fingerabdrücke überprüft. Im Bartin-Gefängnis werden die Besucher danach gefragt, ob sie von der Polizei gesucht werden. Die Form der Leibesvisitationen, denen die Besucher ausgesetzt werden, ist entwürdigend. Die Familien werden nach dem Besuch festgenommen und bedroht, nicht wiederzukommen.

Das Verteidigungsrecht: Es treten unterschiedliche Schwierigkeiten beim Besuch der Rechtsanwälte auf. Obwohl ein Rechtsanwalt jederzeit und ohne Vorzeigen einer Vollmacht dazu berechtigt ist, mit seinem Mandanten zu sprechen, bleibt dies unberücksichtigt. Rechtsanwälte von politischen Gefangenen sind einer außerordentlichen Behandlung ausgesetzt und werden als Feinde betrachtet. Sie werden aufgrund ihres Besuches als potentiell schuldig eingestuft und ebenfalls durchsucht. Auch sind sie des öfteren den Angriffen von Gendarmen, Sicherheitsbeamten und Polizisten ausgesetzt. Die Verteidigungsreden der Gefangenen vor Gericht werden von den Soldaten zu zensieren versucht.

Besuche zwischen Gefangenen: Das Ministerium versucht, den Besuch der Gefangenen untereinander unter verschiedenen Vorwänden zu verhindern. Wenn die Strafgefangenen mit politischen Gefangenen sprechen, werden sie sofort in Einzelzellen gesperrt oder in ein anderes Gefängnis verlegt. Das den Strafgefangenen anerkannte Recht, offene Besuche zu empfangen, wird den politischen Gefangenen nicht zugestanden.

Soziale Probleme: Es wird versucht, die Gefangenen von den Ereignissen in der Welt draußen zu isolieren. In vielen Gefängnissen werden nicht einmal Tageszeitungen zugelassen. Sozialistische Zeitungen werden auf gar keinen Fall genehmigt. Die Lebensmittel sind meist verdorben, und die Ernährung ist im allgemeinen ungesund. Der tägliche Nahrungsmittelverbrauch (Frühstück, Mittag- und Abendessen) wird vom Justizministerium mit 165.000 TL pro Person berechnet. Angesichts des Preises für einen Laib Brot von 40.000 TL und einer Suppe von 250.000 TL ist das geradezu lächerlich. Der Bedarf an Nahrung kann lediglich durch die Mitbringsel von Familien gedeckt werden. Jedoch mit der Begründung, daß dies die Solidarität zwischen den politischen Gefangenen verstärken würde, veröffentlichte das Justizministerium eine Erlaß, der die Annahme der von den Familien gebrachten Lebensmitteln verbietet.

(...)

Auf der anderen Seite 1 Trillion TL für die Errichtung der Zellen auszugeben, ist Beweis dafür, daß nicht im „humanitären" Sinne gehandelt wurde. Mit diesem Geld könnten die Probleme in den Gefängnissen wie Gesundheit, medizinische Behandlung, Versorgung und Fahrt zum Gericht gelöst werden.

Hinzu kommt noch, daß die Vorstellungen des Ministeriums vom Zellentyp auch aus der Sichtweise der Strafgefangenen einem Sarg gleichkommen. Die ebenfalls mit Ausbeutung, Unterdrückung und Beraubung der Persönlichkeit konfrontierten Strafgefangenen fingen an, Widerstand zu leisten. Im Jahr 1997 wurden in verschiedenen Gefängnissen ... solche Widerstände erlebt, und in den Gefängnissen von Usak und Metris wurden jeweils 5 Personen ermordet. (...)

Um die politischen und Strafgefangenen in diese Zellen zu stecken, wartet das Justizministerium den passenden Zeitpunkt ab. Es wird also versucht, die Vorbereitungen für ein neues Massaker in den Gefängnissen zu treffen.

Komitee für internationale Solidarität KL

Irische politische Gefangene

Weitere Unterstützung notwendig

Gerard Hanratty, Portlaoise Prison, Portlaoise, Co Laois, Ireland

24. Januar 1998

Lieber ...

ich hoffe, daß Dich dieser Brief in der allerbesten Laune vorfindet. Naja, jedenfalls, wie Du jetzt durch die Adreßänderung wissen wirst, wurde ich zusammen mit sechs anderen republikanischen Gefangenen von England am 15. Januar nach Irland zurückverlegt.

Der Unterschied für uns alle und unsere Familien kann geschmeckt werden, und wir wissen sehr die Arbeit, die Briefe und die Fürsorge, die Du geleistet hast, zu schätzen. Leider sind immer noch zwölf republikanische Gefangene in England inhaftiert, und die Situation von vier dieser besonderen Gefangenen ist ziemlich ernst, denn es ist für uns klar, daß sie von der britischen Regierung für eine rachsüchtige und extreme Behandlung herausgepickt wurden.

Diese vier Männer (Joe O'Connell, Eddi Butler, Hugh Doherty und Harry Duggan) sind jetzt 23 Jahre in englischen Gefängnissen, und das British Home Office hat sich bis jetzt geweigert, einen Termin (die Zeit, die ein Gefangener im Gefängnis verbringen muß) zu setzen, ohne den diese vier republikanischen Gefangenen nicht damit beginnen können, sich für ihre Rückverlegung zu bewerben. Daher gibt es auf andere Weise eine Weigerung, diese Männer zurückzuverlegen. Es sollte der britischen Regierung folgendes klargemacht werden:

(A) Diese Männer sind vom Gesetz her berechtigt zu wissen, wie lange sie im Gefängnis sitzen müssen (Termin).

(B) Sie sind die einzigen Gefangenen im britischen Gefängnissystem, denen ein Termin verweigert worden ist. Vier Republikaner innerhalb einer Gefängnispopulation von über 60.000 kommt einer Diskriminierung gleich.

(C) Daß die IRA keine selektive Einstellung militärischer Operationen ausgerufen hat, und es sollte nicht akzeptabel sein, daß die britische Regierung eine selektive Herangehensweise in der Behandlung individueller republikanischer Gefangener aufrechterhält.

(D) Wie Du wissen wirst, wurde ich gerade erst vor sechs Monaten zusammen mit meinen Mitangeklagten zu 35 Jahren verurteilt. Der Prozeß unserer Bewerbungen für die Rückverlegung wurde sowohl von den britischen als auch von den irischen Behörden prompt ausgeführt, deshalb sind die rechtlichen und politischen Mechanismen imstande, alle republikanischen Gefangenen schnell von England zurückzuverlegen, besonders die vier am längsten sitzenden Gefangenen, die ich erwähnte.

(E) Die Frage der Rückverlegung ist jetzt eine europäische Norm, die sowohl die britische als auch die irische Regierung in Hinblick auf die Legislative und die Praxis unterzeichnet haben, und deswegen kann die weitere Weigerung der Rückverlegung oder auch der Terminsetzung nur im Licht einer politischen Rache gegen einzelne Republikaner gesehen werden.

(F) Die irische Regierung hat eine öffentliche Versicherung abgegeben, daß sie bereit ist, alle republikanischen Gefangenen zu akzeptieren.

(G) Die britische Regierung gab vor über sechs Monaten eine schriftliche Verpflichtung ab, daß die Termine für diese Gefangenen innerhalb von Wochen gesetzt würden. (Mo Mowlam in einem offenen Brief an Martin McGuiness, Parlamentsmitglied, Juli 1997).

Ich hoffe, daß Du Deine Besorgnis und Unterstützung verlängern könntest, wie Du es bei anderen republikanischen Gefangenen und mir selbst getan hast, und dem British Home Office und dem irischen Justizminister an untenstehende Adressen schreibst. Deine Briefe sind wichtig und zählten eine ganze Menge in unserem eigenen Prozeß für die Rückverlegung. Wenn Du schreiben kannst und irgendwelche Antworten erhältst, würde ich hoffe, daß Du eine Kopie an Joe O'Connell an die Gefängnisadresse unten schicken könntest. Ich weiß, daß Joe alles, was Du tun könntest, begrüßen würde, und es wird ihm helfen, die Antworten, die Du bekommen magst, zu koordinieren und zu notieren.

Noch einmal, und ich kann diesen Punkt gar nicht überbewerten, vielen Dank in unserem Namen und dem unserer Familien für Deine Hilfe und Unterstützung bei unserer schnellen Rückverlegung.

Beste Wünsche.

Is mise Gerry

Graham Wilkinson, HM Prison Service
Cleland House, Page St
London SW1P 4LN, England

Minister of Justice, 72-76 St Stephans Green
Dublin 2, Ireland

Joe O'Connell, (3338635), HMP Frankland
Brasside, Durham, DH1 5YD, England

Israel

Internationale Proteste zur Freilassung von Vanunu!

Vom 24.-30. September 97 veranstalteten 16 internationale AktivistInnen gemeinsam mit Menschen aus Israel Protestaktionen zur Freilassung von Mordechai Vanunu. 1986 wurde Vanunu von der israelischen Geheimpolizei im Ausland gekidnappt und in Israel des Verrats und der Spionage verurteilt. Er hatte der Londoner Sunday Times Informationen über die israelische Produktion von Atomwaffen gegeben. Anwesende aus Großbritannien, Australien, Kanada, Israel, den USA und Belgien protestierten die Woche über täglich vor dem Tor des Ashkelon-Gefängnisses. Dort sitzt Vanunu jetzt seit elf Jahren in Einzelhaft in einer 2x3 m Zelle. Auch an anderen mit ihm in Verbindung stehenden Orten wie z.B. das Justiz- und Verteidigungsministerium, verschiedene Botschaften und vor den Häuser des Präsidenten und des Premierminsiters wurde mit Transparenten, Plakaten, Aufrufen und Flugblättern in englisch und hebräisch demonstriert.

Am 27. September zog die internationale Friedensdelegation begleitet von über 50 Israelis aller Altersgruppen zur Dimona-Atomanlage in der Wüste Negev, in der Vanunu als Techniker gearbeitet hatte. Dieses war die größte antinukleare Demonstration in der Geschichte Israels. An öffentlichen Plätzen wurden Tausende von Flugblättern verteilt. Die Redaktion der Öffentlichkeit war sehr positiv. Vorbeikommende bedankten sich und zeigten offen ihren Unmut über ihre Regierung und die Medien, die Vanunus Fall seit Jahren falsch darstellen.

Am letzten Tag der Protestaktionen, am 30. September, dem 11. Jahrestag Vanunus Inhaftierung, gab die Rockband U2 ihr erstes Konzert in Israel. Während des Konzerts trat der Sänger Bono gegenüber den 40.000 Fans für Vanunus Freilassung ein. Seine Rede wurde im Fernsehen, Radio und in vier Zeitungen wiedergegeben.

Vanunus Bruder, Meir, kam extra für diese Woche aus London. Unerwarteterweise konnte er Vanunu sogar zweimal in dieser Woche im Gefängnis besuchen. Vanunu ließ ihm Dank an alle UnterstützerInnen übermitteln und sagte: „Ich bin hier drin, weil Atomwaffen Realität sind, und ich werde solange kämpfen, bis sie abgeschafft sind.“

Briefe an Mordechai Vanunu können ans Ashkelon Gefängnis, Ashkelon, Israel, geschickt werden.

Dieser internationale Protest wurde gemeinsam von der amerikanischen, britischen und israelischen Kampagne für die Freiheit von Vanunu organisiert.

Kontakt: Fredrik Heffermehl, International Peace Bureau Oslo Office, Niels Juels g. 28 A, 0272 Oslo 2, Norway. Email: fredpax@online.no

Herausgeber : Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 18 88 20, Fax : (040)43 18 88 21. Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194. ***Redaktionsschluß für Nr.204: So, 15.3..98***